

WEITERER AUSBLICK

BREITERE ZUSAMMENHÄNGE DER ÖSTERREICHISCH- UNGARISCHEN RAUMENTWICKLUNG

**(Systeme der Raumentwicklung/Raumplanung auf Landesebene bzw. in
Ungarn, makroregionale und transnationale Verknüpfungen, etc.)**

Projekt ConnReg AT-HU (ATHU030)

5. Strategisches Dokument

im Rahmen der Auftragsvereinbarung „**Expertenaktivitäten zur Begleitung der fachlichen
Umsetzung des Projektes ConnReg AT-HU und Erstellung von sechs strategischen
Dokumenten**“

Erstellt durch: HÉTFA Elemző Központ Korlátolt Felelősségű Társaság

Budapest, den 30. November 2017

Inhalt

1. Einleitung.....	3
2. Untersuchung der aktuellen Situation des Fachbereiches anhand der Daten aus der Vorgeschichte.....	3
2.1 Die österreichischen (insbesondere burgenländischen und niederösterreichischen) Verhältnisse.....	3
2.1.1. ÖROK – „Österreichische Raumordnungskonferenz“	4
2.1.2. ÖREK – „Österreichisches Raumentwicklungskonzept“	5
2.2 Die Lage in Ungarn.....	13
2.3 Grenzüberschreitende Verknüpfungen	16
3. Fachpolitische Ziele und Richtungen in Österreich (insbesondere im Burgenland und in Niederösterreich) und in Ungarn – die Kompetenzen der lokalen Ebene in der Praxis	17
3.1. Österreich (Burgenland und Niederösterreich).....	17
4. Institutionelle Struktur, Stakeholder-Analyse	20
4.1 In Österreich (insbesondere im Burgenland und in Niederösterreich)	20
4.2 In West-Transdanubien.....	21
4.3 Grenzüberschreitende Verknüpfungen	23
5. Evaluierung von nationalen und internationalen Best Practice Beispielen und regionalen Entwicklungsmaßnahmen	24
6. Strategische Kooperationsrichtungen.....	27
6.1 Grenzüberschreitende strategische Ziele und Richtungen	27
6.2 Fachbereich-spezifische Empfehlungen	28
7. Anhänge	30
Kommunale Kompetenzen in Ungarn:	30
Verkehrsregelungen – Ungarn	35
Gesetz III von 1993 über die Sozialverwaltung und die Sozialleistungen	36

1. Einleitung

Bei diesem Papier handelt es sich um das strategische Dokument (das strategische Kapitel) des im Rahmen des INTERREG V-A Österreich-Ungarn Programms zur Umsetzung kommenden Projektes ConnReg AT-HU, das im Auftrag der Westpannonischen Raum- und Wirtschaftsentwicklungs gemeinnützigen Nonprofit GesmbH (*Nyugat-Pannon Terület és Gazdaságfejlesztési Szolgáltató Közhasznú Nonprofit Korlátolt Felelősségű Társaság*) erstellt wurde.

Zweck dieses Fachdokumentes ist es, die Strukturen der Raumentwicklung (und der damit verbundenen Raumplanung) auf beiden Seiten der Grenze zu erheben und dabei stets auf potenzielle grenzüberschreitende Konnektivität zu fokussieren - unabhängig davon, ob es sich um wunsch- oder bedarfsgesteuerte Kooperationsmöglichkeiten handelt. Das Dokument umfasst auch größere räumliche Einheiten - Makroregionen - in die die österreichisch-ungarische Grenzregion selbst eingebettet sind, und deren Charakteristika sich somit naturgemäß auf beide Seiten der Grenze auswirken.

Das Fachpapier zielt auf die Mitteilung von Informationen an die potenziellen Stakeholder dies- und jenseits der Grenze ab, aufgrund derer diese:

- mehr über die Akteure der jeweils anderen Seite der Grenze – über ihre Kompetenzen und über die Förderungs- und Entwicklungstrends – erfahren können;
- darüber hinaus den makroregionalen Hintergrund kennenlernen können;
- durch die Erhebung bewährter Praktiken und die Vorstellung von Beispielen aus anderen Regionen durch Best-Practice-Präsentationen einen Überblick über zukunftssträchtige grenzüberschreitende Initiativen erhalten,
- und somit durch ihr erworbenes Wissen allesamt zu Kooperationspartnern für mehr Inhalt und Erfolg im grenzüberschreitenden Kontext werden;
- in genauer Kenntnis der Besonderheiten des institutionellen Systems Expertenvorschläge zur Fundierung einer künftigen Zusammenarbeit entwickeln können.

2. Untersuchung der aktuellen Situation des Fachbereiches anhand der Daten aus der Vorgeschichte

2.1 Die österreichischen (insbesondere burgenländischen und niederösterreichischen) Verhältnisse

Die *Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK)*, gegründet 1971, ist eine durch die Bundesregierung, die Länder und Kommunen geschaffene Organisation, die *die territoriale Entwicklung auf nationaler Ebene koordiniert*. Vorsitzender des politischen

Entscheidungsgremiums ist der Bundeskanzler. Sie setzt sich aus den Mitgliedern der Bundesregierung, den Landeshauptleuten, den Präsidenten von Städte- und Gemeindebund sowie (mit beratender Funktion) den Wirtschafts- und Sozialpartnern zusammen. Die administrativen Aufgaben der ÖROK werden durch das „Komitee der Repräsentanten“ und einer Reihe von Ausschüssen wahrgenommen, die sich aus Vertretern der Gebietskörperschaften sowie der Sozial- und Wirtschaftspartner zusammensetzen. Neben formellen Gremien spielen die Instrumente der "Soft-Governance" in den letzten Jahren auch eine wichtige Rolle in der Tätigkeit der ÖROK. Das ÖROK-Büro, das grundsätzlich Koordinationsaufgaben wahrnimmt, ist im Bundeskanzleramt angesiedelt.

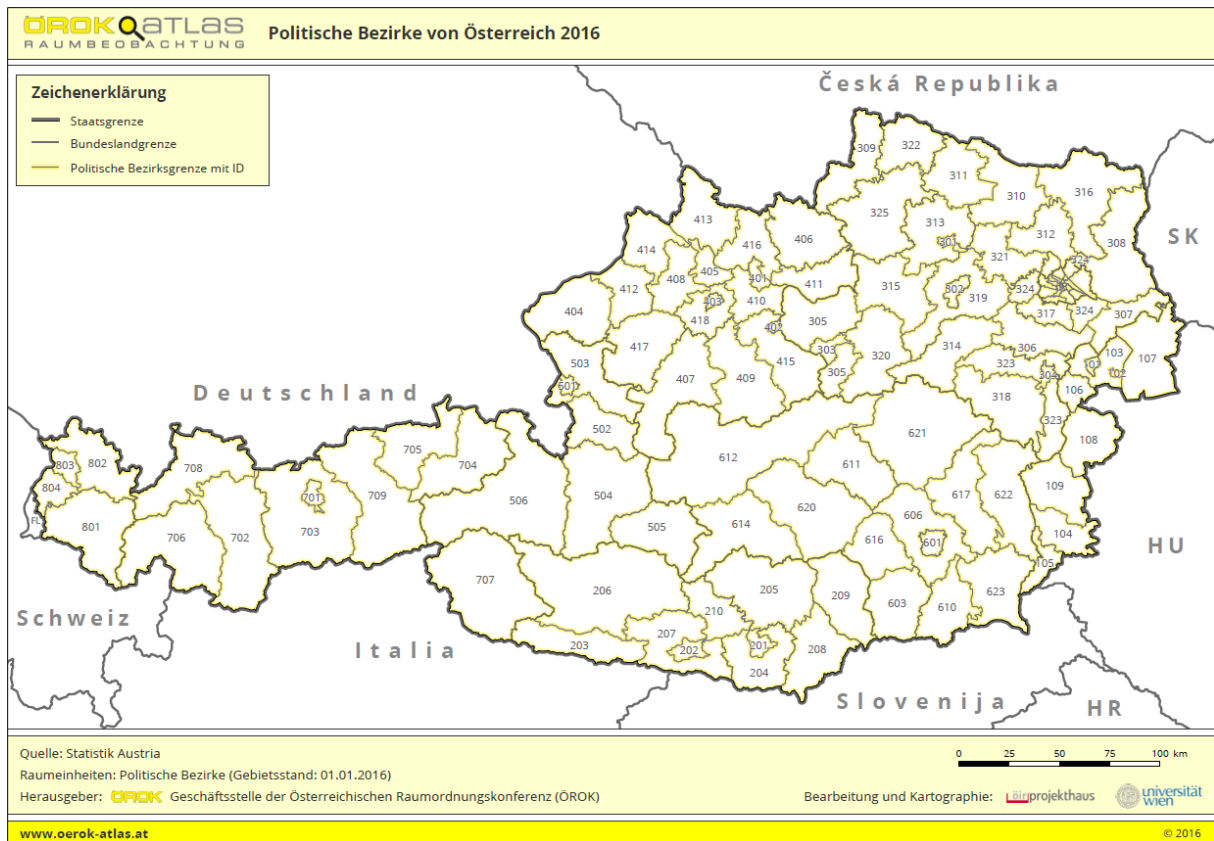
2.1.1. ÖROK – „Österreichische Raumordnungskonferenz“

Zu den Aufgaben der ÖROK gehört *die Erarbeitung von Beiträgen und Durchführung von Grundlagenprojekten für die österreichische Raumentwicklungspolitik* (z.B. "ÖROK Prognosen"). Die Resultate der Expertentätigkeit werden auch in Form von ÖROK-Empfehlungen vorgestellt, die auch auf politischer Ebene zur Akzeptanz gelangen.

Der Raumplanungsbericht erscheint alle drei Jahre, er analysiert die relevanten räumlichen Entwicklungsprojekte und berichtet über die an Raumentwicklung anknüpfenden Aktivitäten der ÖROK-Mitglieder.

Der ÖROK-Atlas ist Teil des Regionalen Monitoring-Systems und ergänzt das systematische Monitoring der räumlichen Entwicklung. Dieses webbasierte Tool basiert auf dem Inhalt von ÖREK 2011 und umfasst insgesamt 58 Indikatoren zu acht Hauptthemen. Neben den Planungsaufgaben kann der "ÖROK-Atlas" auch gut zum Tracking der Verwaltungs- und Planungsebenen und der wichtigsten statistischen Indikatoren eingesetzt werden:

Abbildung 1 – Auszug aus dem ÖROK Atlas – die österreichischen Bezirke



Quelle: <https://www.oerok-atlas.at>

In Österreich ist die Gesetzgebung zur Raumentwicklung in Landeskompetenz, d.h. alle neun Bundesländer haben dazu ihr eigenes juristisches Regelwerk zu entwickeln, anzunehmen und umzusetzen.

2.1.2. ÖREK – „Österreichisches Raumentwicklungskonzept“

Eine der zentralen Aufgaben der ÖROK im ist die Erarbeitung und Veröffentlichung des Österreichischen Raumentwicklungskonzeptes. Das aktuelle Österreichische Raumentwicklungskonzept ("ÖREK 2011") wurde 2011 veröffentlicht und hat einen Zeithorizont bis 2020. Das Leitprinzip der umfassenden territorialen Entwicklung Österreichs lautet "Raum für Alle" als strategisches Werkzeug.

Während der Beschließung über ÖREK 2011 wurde eine weitreichende Partnerschaft realisiert, in die alle relevanten Partner zwecks detaillierter Ausarbeitung des Inhaltes und des lösungsorientierten Ansatzes einbezogen wurden. Das Ziel war, dass ÖREK 2011 noch stärker auf Umsetzung und Effizienz zu fokussieren. Das Papier ist kein Gesetz, sondern ein freiwilliges strategisches Planungsinstrument. Da ÖREK nicht eine Art n0ationales Programm ist, gibt es auch kein konkretes Exekutivorgan, da es sich um eine freiwillige Vereinbarung auf Konsensbasis handelt.

Der Umsetzungsmechanismus des ÖREK wird im Wesentlichen durch die Österreichische Raumordnungskonferenz gebildet.

Das ÖREK 2011 bietet strategische Leitlinien für das Management der Raumplanung und Raumentwicklung auf Bundes-, Landes- und städtischer/kommunaler Ebene. Die Hauptzielsetzungen sind Folgende:

- kompakte und polyzentrische Siedlungsstrukturen;
- Entwicklung der Infrastruktur von leistungsfähigen Achsen zur Unterstützung des Netzes von kleinen und mittleren Siedlungen und Förderung von Stadtverbindungen;
- verstärkte regionale Entwicklung;
- und die "Steuerung" des Bevölkerungswachstums.

Die auf die Umsetzung dieser Zielsetzungen gerichteten Handlungen fokussieren auf vier Bereiche:

1. Regionale und nationale Wettbewerbsfähigkeit, inklusive Innovation und Infrastrukturentwicklung;
2. Gesellschaftliche Vielfalt und Solidarität, inklusive gesellschaftlicher Integration, Sicherung der Daseinsvorsorge und der Raumordnung, die das Wachstum bewältigt und die Lebensqualität in den städtischen Gebieten erhöht;
3. Klimawandel, Anpassung und Ressourceneffizienz, inklusive dem Anstreben von energieautarken Regionen, dem Schutz des Freiraumes und dem Schutz der Gefahrenräume vor Naturkatastrophen, sowie der nachhaltigen Mobilität; ferner
4. kooperative und effiziente Handlungsstrukturen, inklusive der Stärkung der regionalen Planungsebene, der Entwicklung einer österreichweiten Agglomerationspolitik, der neuen Partnerschaften zwischen Land und Stadt (Österreichischer Raumordnungsplan, Konferenz 2011).

ÖREK 2011 betont die Kohärenz zwischen den Regierungsebenen und der Beteiligung von Nichtregierungsakteuren. Bei der Entwicklung und Umsetzung territorialer Strategien ist eine Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern, Städten, Gemeinden und den Stakeholdern erforderlich. Einige Sektorpolitiken umfassen auch die Stadtpolitik, einschließlich integrierter Verkehrsdienste und Tarifsysteme, die von nationalen und lokalen Behörden kofinanziert werden (UN-Habitat, 2015).

Im Raumentwicklungskonzept (ÖREK 2011) werden folgende stadtpolitische Fokusbereiche definiert:

- Antworten auf Bevölkerungsbewegungen;
- Förderung des territorialen Ansatzes (insbesondere von Stadt-Land Beziehungen);

- Verknüpfungen zwischen den städtischen Systemen (Groß- und Kleinstädte) und den Städten;
- Vorbereitung der städtischen Infrastruktur und der Leistungen (öffentliche Flächen);
- Förderung der Effizienz der städtischen Flächennutzung, Steigerung der ökologischen Nachhaltigkeit und Stärkung der Widerstandskraft gegen den Klimawandel;
- Entwicklung effizienter Stadtmanagementsysteme (horizontale Koordinierung und vertikale Abstimmung);
- Unterstützung effizienter kommunaler Finanzsysteme;
- Unterstützung von Partnerschaften und Kooperationen zwischen städtischen Akteuren, Sicherung der sozialen Inklusion, Integration und Partizipation an Prozessen und Ergebnissen (Ungleichheit, Segregation, Sicherheit usw.);
- Gewährleistung robuster und vergleichbarer Daten auf Stadtebene;

Die Verknüpfungen von Raumplanung und Raumordnung wird – mit besonderem Augenmerk auf das Burgenland und auf Niederösterreich – in folgender Abbildung dargestellt:

Abbildung 2 – Das Verhältnis von Raumplanung und Raumordnung – Burgenland, Niederösterreich

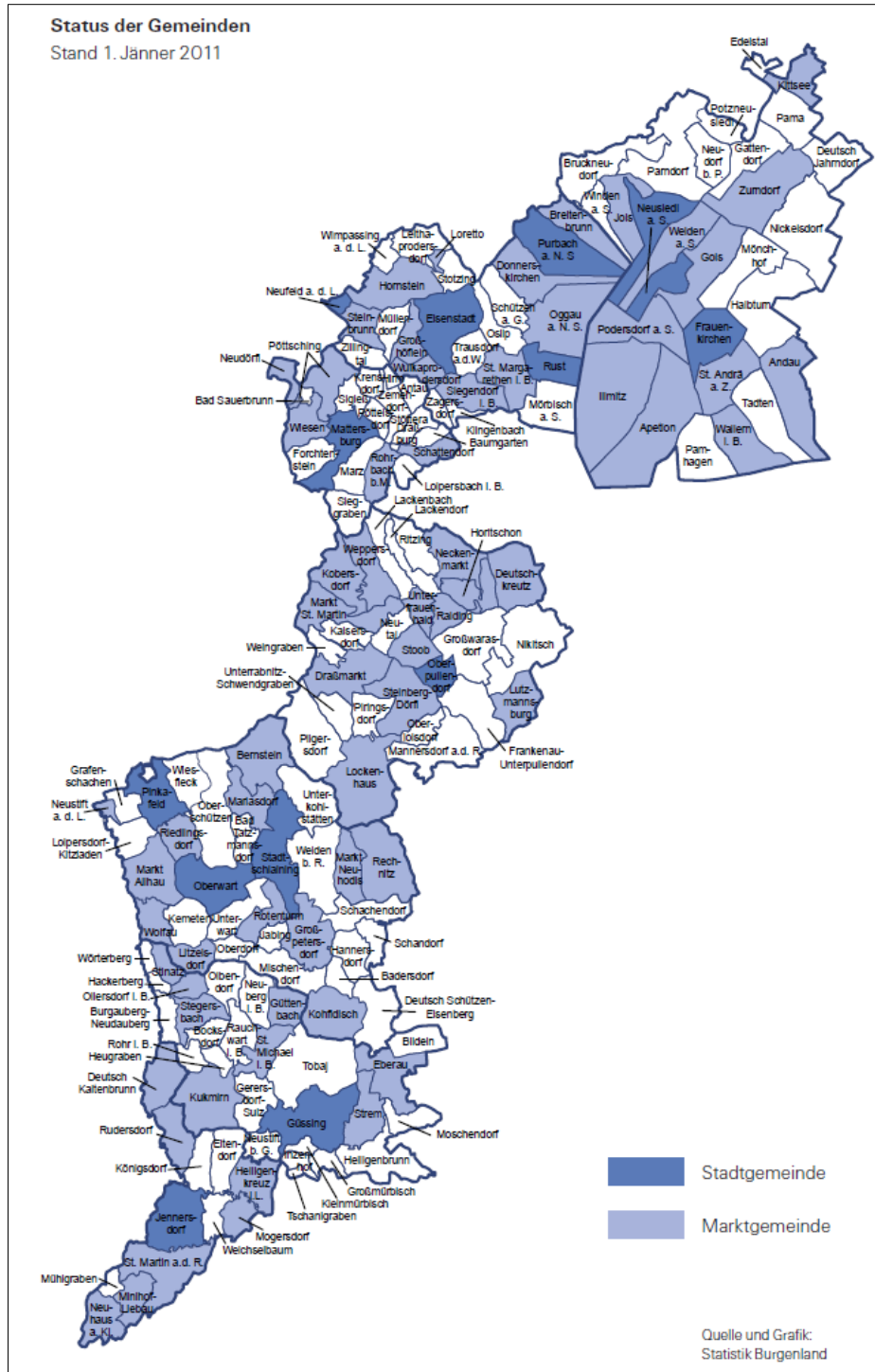
	Raumplanung	Raumordnung
	Geplante und vorausschauende Aktivitäten	
	Das Instrumentarium zur Umsetzung der Raumentwicklungspolitik ist ein grundlegendes Mittel um den durch die Raumordnung festgelegten Zustand zu erreichen.	Umfassende Planung bezüglich eines bestimmten Gebiets nebst Bestimmung der Planungsziele, Widmungsformen usw.
Burgenland	LEP – „Landesentwicklungsplan“ 2011; + Branchenplanung Regionale Entwicklungsprogramme	Raumordnungsgesetz – ursprüngliche Fassung 1969; letzte Novelle 2015 - Landesraumordnungsplan“ (1992)
Niederösterreich	„Landesentwicklungskonzept“ 2004; + Branchenplanung	- Raumordnungsgesetz – ursprüngliche Fassung 1976; letzte Novelle 2016 - Regionale Raumordnungsprogramme - einführen des gemeinsamen Planungsprozesses des Landes und der Gemeinden (Regionale Leitplanung)

Quelle: eigener Entwurf

2.1.1. Raumentwicklung im Burgenland

Das Vorwort des burgenländischen **Landesentwicklungsprogramms 2011 (LEP)** spiegelt die Kooperationsbereitschaft des Landes wider, das Programm wurde nämlich auch in der Sprache aller vier Nachbarländer erstellt.

Abbildung 3 – Die Siedlungen des Burgenland und deren Rechtsstellung – Auszug aus dem LEP



Quelle: www.raumordnung-noe.at

Vorrangiges Ziel des Programms ist es, die führende Rolle des Landes im Bereich der erneuerbaren Energien über einen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren zu stärken, den Tourismus noch weiter zu entwickeln und die Ansiedlung innovativer Zukunftstechnologien zu fördern.

Das Landesraumentwicklungsprogramm steht unter dem Motto "Mit der Natur zu neuen Erfolgen"; seine Prinzipien und Vorstoßrichtungen sehen wie folgt aus:

- Regionale Identitäten aus Vielfalt stärken
- Kooperation als Mehrwert entwickeln
- Soziale Vielfalt als Potenzial erkennen
- Nachhaltige Raumnutzung mit hoher Versorgungs- und Mobilitätsqualität erreichen
- Erneuerbare Energieproduktion ausbauen und effizientere Siedlungsstrukturen schaffen
- Wissen und Forschung als Wirtschaftskapital nutzen und weiterentwickeln
- „Kooperationen zwischen Natur- und Kulturlandschaftsschutz, Land- und Forstwirtschaft und dem Tourismus ausbauen“ und „Naturraum nachhaltig nutzen“
- Naturraum nachhaltig nutzen.

Während es sich beim LEP um ein Planungstool der "überörtlichen Raumplanung" handelt, kommen im Burgenland typischerweise folgende **örtliche Planungsdokumente** zur Anwendung:

- **örtliche Entwicklungskonzepte** – deren Erstellung nicht obligatorisch ist, sie sind typischerweise auf 5 bis 10 Jahre ausgelegt und sollen die räumliche Entwicklung von Siedlungen bestimmen;
- **Flächenwidmungsplan** – Planungsinstrument der Kommunalebene, bestehend aus einem Textteil und einer, diesen untermauernden Plandarstellung. Er ordnet jedem Grundstück eine bestimmte Widmung zu, die auch die Grundlage der baubehördlichen Verfahren bildet.
- **(Teil)Bebauungsplan und Bebauungsrichtlinien** – Dokumente mit der Funktion einer detaillierten Bauregelung.

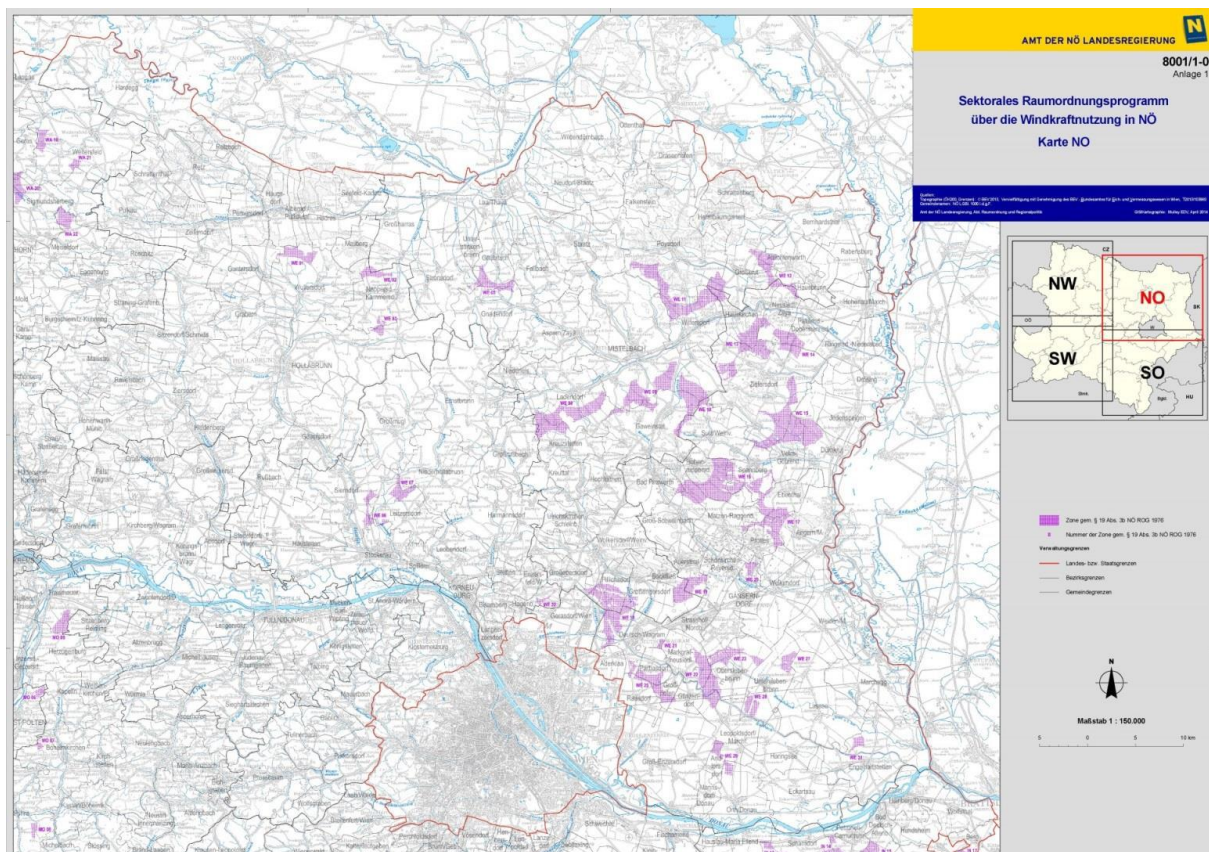
2.1.2. Raumentwicklung in Niederösterreich

Das niederösterreichische **Landesentwicklungskonzept**, dessen gesetzliche Grundlage das Landes-Raumordnungsgesetz von 1976 bildet, wurde im September 2004 beschlossen. Es handelt sich dabei um ein von integriertem Ansatz gekennzeichnetes Grundsatzdokument der Raumentwicklung, das die räumlichen Auswirkungen der verschiedenen Sektoren beeinflussen soll. Das Dokument wurde unter der Mitwirkung von Fachbereichsplanern als Resultat eines dreijährigen Diskussionsprozesses geschaffen, um die weitgehende Beteiligung der Öffentlichkeit zu ermöglichen.

Zusätzlich zu dem oben genannten umfassenden Dokument gibt es in Niederösterreich eine Reihe von **sachbereichsbezogenen nationalen Planungsdokumenten**, darunter:

- Regionales Programm von zentralen Standorten;
- Tourismusentwicklungsprogramm
- Raumordnungsprogramm für das Schulwesen
- Raumordnungsprogramm über die Windkraftnutzung, usw.

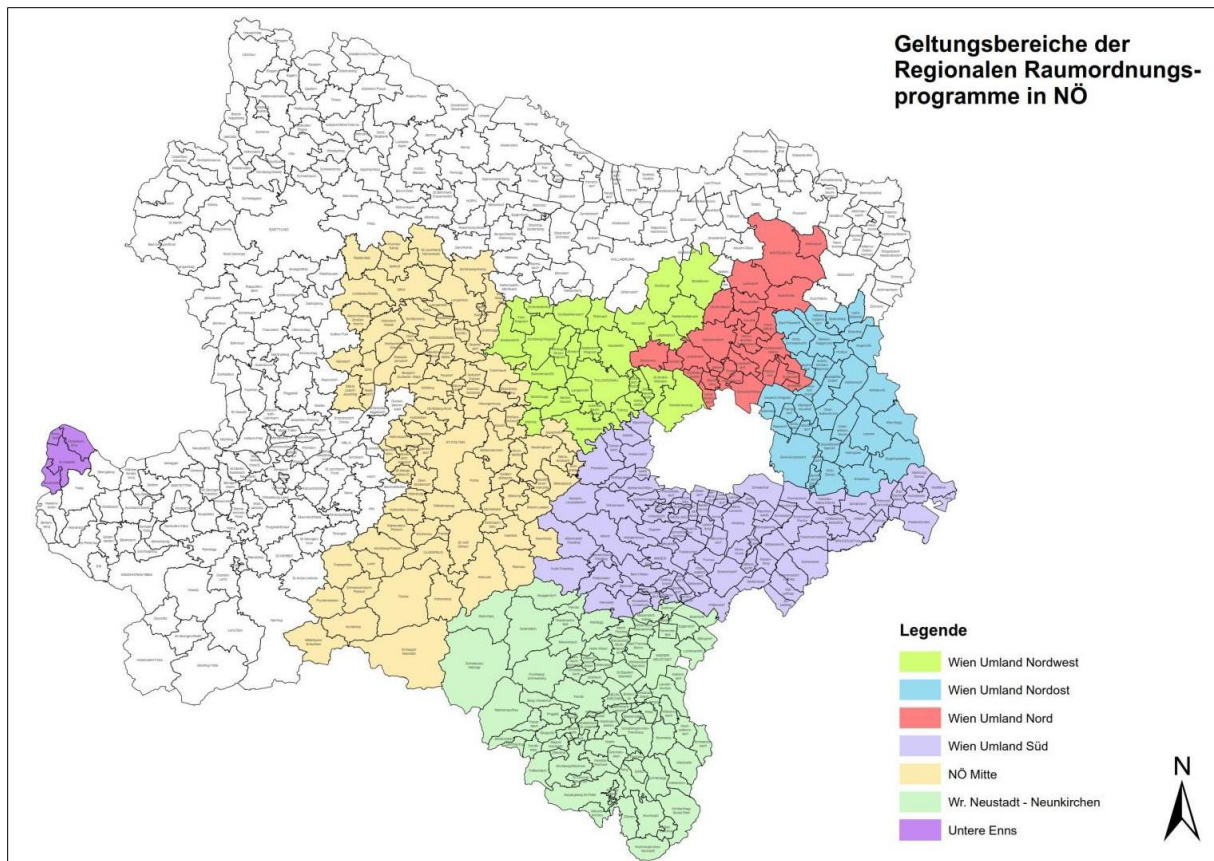
Abbildung 3 – Auszug aus dem Raumordnungsprogramm für die Windkraftnutzung Niederösterreichs



Quelle: www.raumordnung-noe.at

Die Grundlage der Planung auf Regionalebene bilden in Niederösterreich die Regionalen Raumordnungsprogramme, von denen es im Land derzeit sieben gibt:

Abbildung 4 – Regionalprogramme Niederösterreichs

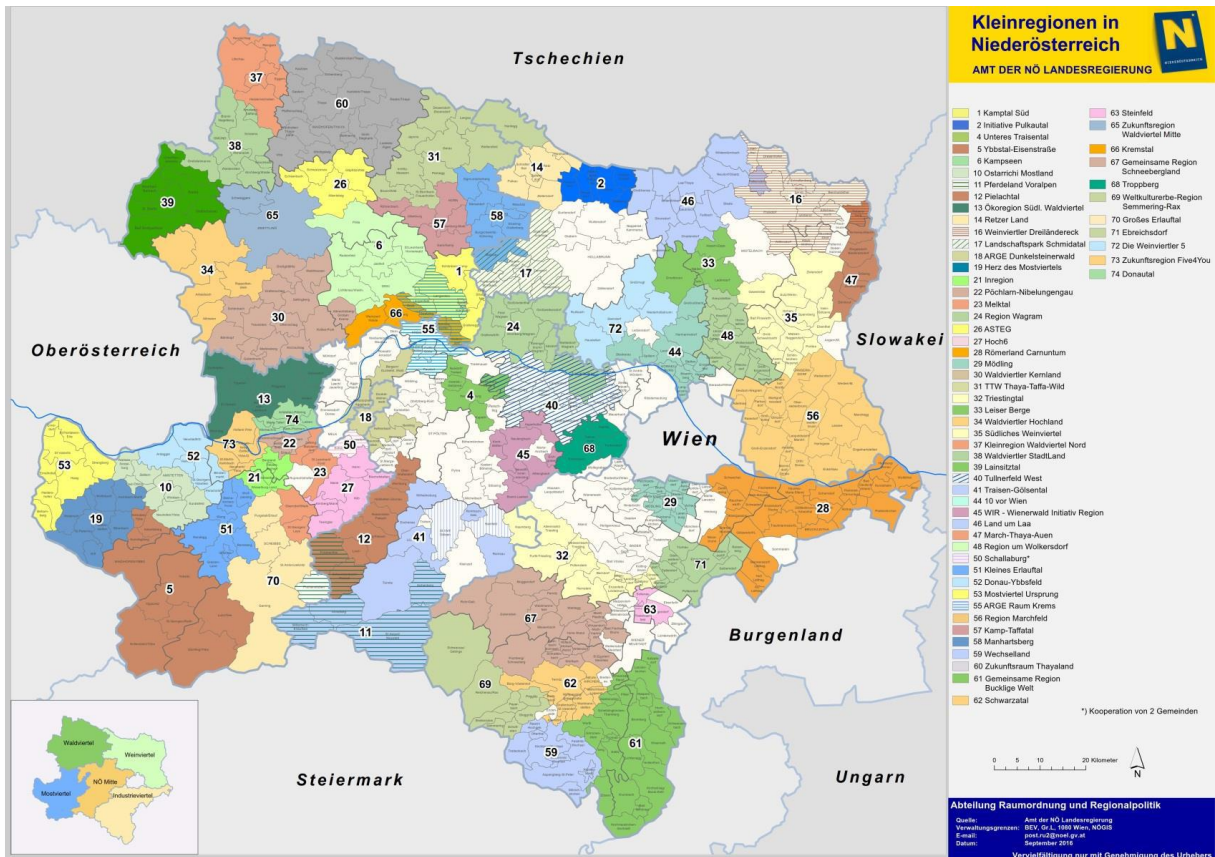


Quelle: www.raumordnung-noe.at

Ein **besonderes Planungsinstrument** in Niederösterreich ist die "**Regionale Leitplanung**" als gemeinsamer Planungsprozess für Land und Gemeinden, gleichzeitig als zukunftsweisendes Instrument zum Interessenausgleich und zur Ermittlung individueller Schwerpunkte für die einzelnen Räume.

In Niederösterreich stellen die in elf Kleinregionen vorliegenden „**kleinregionalen Rahmenkonzepte**“ effiziente Instrumente zur Raumordnung dar.

Abbildung 5 – Kleinregionen Niederösterreichs



Quelle: www.raumordnung-noe.at

Diese zielen darauf ab, dass die einzelnen Kleinregionen besser auf territoriale Eigenheiten und unterschiedliche Bed6rfnisse reagieren k6nnen; ein effizientes und langfristig stabiles Kooperationssystem begr6ndet wird und die kleinregionale Identit6t gest6rkt werden kann. Der Inhalt lokaler Entwicklungskonzepte darf nicht mit den kleinregionalen Rahmenkonzepten kollidieren.

2.2 Die Lage in Ungarn

In Ungarn hat die Raumplanung folgenden rechtlichen Hintergrund:

- Gesetz XXIV von 2003 über den **Nationalen Raumordnungsplan** (in weiterer Folge bezeichnet als: NROP-Gesetz);

Das NROP-Gesetz wurde 2003 vom Parlament angenommen. Die erste umfassende Novellierung des Gesetzes erfolgte 2008. Nach § 29 des NROP Gesetzes muss der Nationale Raumordnungsplan mindestens alle fünf Jahre überprüft werden. Dementsprechend kam es zur nächsten Novellierung des Gesetzes im Jahr 2013: Das Parlament nahm die Änderung am 9. Dezember 2013 an, das novellierte Gesetz trat am 1. Januar 2014 in Kraft.

- Gesetz CXII von 2000 über die Annahme des **Raumordnungsplans der Vorrang-Urlaubsregion Plattensee** und über die **Feststellung der Raumordnungsregelung für den Raum Plattensee**.

Das Gesetz zielt grundsätzlich darauf ab, ein höheres Schutzniveau des Vorrang-Urlaubsraumes zu garantieren, da der auf eine weitere Bebauung bezogene Druck in der Region traditionell hoch ist. Ein vorrangiges Ziel des Gesetzes besteht darin, die verbindlichen Regeln für den Erhalt der landschaftlichen, architektonischen und natürlichen Werte festzulegen. Von den Komitaten Westtransdanubiens ist hiervon das Gebiet des Komitats Zala betroffen.

- **Gesetz XXI von 1996 über die Raumentwicklung und die Raumplanung**

Hierin werden die Rahmenvorschriften der Raumentwicklung und Raumplanung umfassend geregelt. Das Gesetz bezieht sich in erster Linie auf die Komitate, die Vorranggebiete (der Plattensee und das Budapester Umland) und die regionalen Verbände, und befasst sich hauptsächlich mit Begriffsdefinitionen, Verfahrens- und Kompetenzfragen.

- **Regierungsverordnung 218/2009 (X.6.) über die inhaltlichen Anforderungen der Raumentwicklungskonzepte, Raumentwicklungsprogramme und Raumordnungspläne sowie über die Detailvorschriften zu deren Anpassung, Ausarbeitung, Abstimmung, Verabschiedung und Veröffentlichung.** Wie es auch aus ihrem Titel hervorgeht, regelt die Verordnung in erster Linie den Ablauf und den Inhalt des Raumplanungsprozesses.

Die Raumentwicklungskonzepte und Raumordnungspläne der Komitate wurden auf der Grundlage der Gesetze zur Raumentwicklung und Raumplanung in den letzten Jahren erstellt bzw. wurden die Raumordnungspläne überarbeitet. Aktuell ist davon auszugehen, dass die Raumordnungspläne eines jeden Komitates binnen ein bis zwei Jahren überprüft werden, da auch die gesetzliche Regelung zur Raumplanung

umfassend revidiert wird. Dieser Überprüfungsprozess bietet gleichzeitig auch eine großartige Gelegenheit zur Nutzung der Ergebnisse aus diesem Projekt.

Bei der **umfassenden nationalen Überprüfung** handelt es sich um einen **Gesetzentwurf** zum **"Raumordnungsplan für Ungarn und für einzelne Vorranggebiete"**, der derzeit diskutiert und voraussichtlich 2018 angenommen werden wird.

Der Vorschlag betrifft die grundlegende Erneuerung der Raumplanung, das heißt, es zielt auf die zeitgleiche Überprüfung und Annahme der nationalen und der auf den Großraum Budapest und das Urlaubsgebiet Plattensee bezogenen Raumordnungspläne im Rahmen eines neuen Planungssystems, während die oben erwähnten, derzeit noch geltenden Gesetze aufgehoben werden.

Die Notwendigkeit der Revision der genannten Raumordnungspläne ergibt sich aus der Tatsache, dass die Widersprüche zwischen den nicht zeitgleich angenommenen Raumordnungsplänen zu Rechtsunsicherheit führen, ferner werden bei den derzeit gültigen Plänen - in Anbetracht des technischen Fortschritts, den Änderungen in den Regelwerken des Sektors und den mittlerweile genaueren sektoralen Abgrenzungen - veraltete und mit den Flächenwidmungsplänen nicht kompatible DTA-50-er Basiskarten verwendet. Eine zukunftsweisende Neuerung stellt in der Vorlage das System der Planblätter dar, die auch in den verschiedenen Planungsebenen einheitlich sind, von den Kommunen verwendet werden, vergrößerbar sind und auf der Katasterkarte als Basiskarte basieren, mit Hilfe derer das System der Raumplanung und Flächenwidmung nun gänzlich durchgängig wird, die ferner zur effizienteren Durchsetzung der Flächenwidmungspläne beitragen und die Rechtsanwendung grundsätzlich erleichtern.

Während der Überprüfung wurde in der Vorbereitungsphase auf zwei Hauptaspekte fokussiert:

- Die derzeitigen Schutzniveaus werden im Entwurf nicht herabgesetzt, und erworbene Rechte nicht geschmälert;
- er eröffnet sogar den Weg für weitere Entwicklungsmöglichkeiten, ist also **entwicklungsorientiert**.

Dadurch können in Zukunft die Entwicklungsvorhaben und ihre räumlichen Aspekte zeitnah und aufeinander aufbauend geplant werden, was einen Kernpunkt einer effizienten Ressourcennutzung bildet.

- Das **Nationale Entwicklungs- und Raumentwicklungskonzept (OFTK)** wurde vom Parlament im Dezember 2013 angenommen. Das Dokument enthält sowohl für den EU-Haushalts- und den Planungszeitraum 2014-2020 als auch für ausschließlich aus nationalen Mitteln umgesetzte Projekte neue nationale strategische Vorstoßrichtungen.

Das OFTK-Konzept zielt darauf ab, ein kohärentes und einheitliches System der Entwicklungspolitik Ungarns, der Raumplanung und des sich daraus ergebenden Regelwerks zu schaffen; durch einheitliches Auftreten, durch effiziente und konsistente Maßnahmen einen Beitrag zur dynamischen Entwicklung des Landes, zur Ansteuerung von Wachstumspfaden, zur Verringerung der territorialen Disparitäten beizutragen und eine auch aus territorialer Hinsicht ausgewogenere Entwicklung zu erzielen.

- An die Planungsdokumente anknüpfend ist auch das **Operative Programm für territoriale Entwicklung und Siedlungsförderung (TOP)** zu erwähnen, das im Zeitraum 2014–2020 durch Fördermittel in Höhe von rund 1185,7 Milliarden HUF¹ einen Beitrag zur Entwicklung von im europäischen Vergleich rückständigen Gebieten Ungarns – das Zielgebiet der sog. weniger entwickelten Regionen, das sind außer Budapest und Komitat Pest alle Komitate – einen Beitrag zu leisten. Das Programm fördert somit das Fortkommen von 18 Komitaten und 22 Städten mit Komitatsrecht.

Die entwicklungspolitischen Ziele des Operativen Programms und die mit diesem verbundene Entwicklungsrichtungen sind folgende:

Die Mission des Programms besteht darin, einen Rahmen für die Planung und Umsetzung von aus territorialer Hinsicht dezentraler Projekte zu schaffen.

Die entwicklungspolitischen Ziele und die an diese anknüpfenden Vorstoßrichtungen des Operativen Programms sind folgende:

(1) Gewährung der zur Stimulierung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung auf lokaler Ebene notwendigen Bedingungen:

1. Unternehmensfreundliche, die Bevölkerung haltende Siedlungsentwicklung.

(2) Sicherung der lokalen Bedingungen für eine unternehmensfreundliche und bevölkerungsbewahrende Siedlungs- und insbesondere Stadtentwicklung, sowie für die Verbesserung der Lebensqualität und des sozialen Zusammenhalts

1. Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft, insbesondere in städtischen Gebieten,

2. Entwicklung kommunaler Dienstleistungen und Stärkung der gesellschaftlichen Kooperation,

3. Entwicklung der Humanressourcen, Beschäftigungsförderung und gesellschaftliche Zusammenarbeit auf ebene der Komitate und der Kommunen,

4. Stärkung der städtischen Gemeinschaften durch Verbesserung der Qualität der gemeinschaftlichen und kulturellen Dienstleistungen.

¹ Sammt ungarischer Kofinanzierung, zum Kurs von 310,1 Ft/€.

2.3 Grenzüberschreitende Verknüpfungen

In Anbetracht des Planungs- und Regelungsrahmens der beiden Mitgliedstaaten können folgende wesentliche Feststellungen von erheblicher grenzüberschreitender Relevanz gemacht werden:

- Im Gegensatz zu dem in vielerlei Hinsicht **stabilen**, im Laufe einer "natürlichen" Evolution von mehreren Jahrzehnten entwickelten **österreichischen System** ist in **Ungarn** ein **sich ständig veränderndes Raumentwicklungssystem** kennzeichnend. Auch im Vergleich zu anderen Visegrád-Ländern wurde die zentrale Steuerung der räumlichen Entwicklung sehr häufig verändert. Die zentrale Verwaltung wurde erst nach den vierjährlich stattfindenden Wahlen umstrukturiert, was erstmals 1998 erfolgte. Mit der Zeit wurden dann aber der Fachbereich immer häufiger - durchschnittlich alle sechs Monate (!) – einem anderen Ministerium zugeordnet. Nach dem Regierungswechsel im Jahr 2010 wurde die Raumentwicklung dann von zwei Ministerien verwaltet: von dem Ministerium für Nationalentwicklung und dem Ministerium für Nationalwirtschaft. Von der Verwaltung der Raumentwicklung war die zentrale Regierungsorganisation, die die Verwendung der Struktur- und Kohäsionsfonds in Ungarn leitet, vollkommen getrennt.
- Österreich zeichnet sich durch ein **dezentralisiertes Raumentwicklungs- und Raumplanungssystem** aus, wodurch sogar zwischen den einzelnen Bundesländern erhebliche Unterschiede bestehen, was im Gegensatz zu der **stark zentralisierten ungarischen Struktur** steht. Das Problem der unterschiedlichen Kompetenzniveaus, das zwischen den beiden EU-Mitgliedstaaten immer schon existierte, wurde durch die Ende 2015 erfolgte Auflösung der auf NUTS-II-Ebene wirkenden ungarischen regionalen Entwicklungsagenturen weiter vertieft, da die Involvierung einer ungarischen Partnerorganisation von einer NUTS-Ebene ähnlich der Bundesländer, mit gegebenenfalls ähnlichen Fachkompetenzen, noch schwieriger geworden ist.
- Das ungarische Regelwerk behandelt **die grenzüberschreitenden Kontexte einzelner bestimmter regionaler Entwicklungsprogramme**²:
 - o Die Raumordnungspläne der Grenzkomitate werden von der für deren Ausarbeitung zuständigen Stelle zur Stellungnahme an die jeweiligen angrenzenden Verwaltungseinheiten der Nachbarländer geschickt.
 - o Die Konsultation mit den für Raumordnung zuständigen Stellen der Nachbarländer erfolgt durch Zusendung eines Auszuges – der für die Zusammenarbeit relevanten Teile – des Flächenwidmungsplans in englischer Sprache.
 - o Was die Flächenwidmungspläne angeht, können Konsultationen mit den Nachbarländern nach der Vorbereitungsphase auch mit einem Auszug

² Die Regierungsverordnung 218/2009 (X. 6.) über die detaillierten Anforderungen des Raumentwicklungskonzepts, des Raumentwicklungsprogramms und des Flächenwidmungsplans sowie über die Detailregeln ihrer Eingliederung, Ausarbeitung, Verhandlung, Verabschiedung und Veröffentlichung.

aus dem Dokument, in dem das Raumplanungsprogramm vorgestellt wird, eingeleitet werden.

- Zur Einigung über einen gemeinsamen Flächenwidmungs-Planentwurf für den Grenzraum sind die Regeln für die Konsultation über den Flächenwidmungsplan für das betroffene Gebiet anzuwenden.

3. Fachpolitische Ziele und Richtungen in Österreich (insbesondere im Burgenland und in Niederösterreich) und in Ungarn – die Kompetenzen der lokalen Ebene in der Praxis

Nach der oben erfolgten Darlegung der Rahmenbedingungen auf Bundesländer- und Nationalebene ist eine genauere Betrachtung der lokalen Ebene sinnvoll, da die konkrete Umsetzung der fachpolitischen Ziele weitgehend von den lokalen "Outputs" des regulatorischen Umfelds abhängt.

3.1. Österreich (Burgenland und Niederösterreich)

"Örtliche Planung" gehört in Österreich in den Kompetenzbereich der Gemeinden. Als rechtsverbindliche Instrumente stehen der **Flächenwidmungsplan** und das **örtliche Entwicklungskonzept** zur Verfügung. Im örtlichen Entwicklungskonzept skizziert die Gemeinde eine Vision für 10 Jahre. Der Flächenwidmungsplan setzt die Nutzungsmöglichkeiten einer bestimmten Immobilie bis zur Ebene der Einlagezahlen fest. Die Gemeinde beauftragt ein Planungsbüro mit der Modifizierung des Flächenwidmungsplanes und der Erstellung eines Entwicklungskonzeptes. Danach entscheidet die Gemeindevertretung über die Modifizierung und sucht bei der Landesregierung als Aufsichtsbehörde um die Revision des Planes an.

Die gesetzliche Grundlage bildet in Niederösterreich das 2014 verabschiedete Raumordnungsgesetz. Im Burgenland werden die einschlägigen Prozesse ebenfalls von einem ähnlichen Planungsgesetz bestimmt.

Eine separate Regelung gilt für die **Bebauungsplanung**, die die verschiedenen Eigenheiten der Bautätigkeit (Abstände, offene/geschlossene Bauweise, Bauhöhe usw.) regelt.

Der Bauherr beantragt gleichzeitig mit der Vorlage der Pläne die Bewilligung des Bauvorhabens. Zur Bewilligung muss der Bauplan den Planungsnormen, den Nutzungsmöglichkeiten laut Flächenwidmungsplan, der Bauordnung und den technischen Bauvorschriften entsprechen. **Die Baubehörde von erster Instanz**

befindet sich auf Kommunalebene. Die Gemeindeverwaltung ist zuständig für Baugenehmigungen, baubehördliche Angelegenheiten und Abbruchbewilligungen³.

Im Gegensatz zu der niederösterreichischen Lösung wurde die burgenländische Bauordnung nicht durch das Landes-Raumordnungsgesetz sondern durch das **Burgenländische Baugesetz** von 1997 geregelt. Der Bauplan darf aber auch hier weder dem Flächenwidmungsplan noch den Normvorgaben zum Brandschutz, zur mechanischen Festigkeit und Stabilität usw. entgegenstehen. (Selektion, Burgenländisches Baugesetz 1997, § 3).

³Eine detailliertere Beschreibung der Abläufe am Beispiel Niederösterreichs siehe: www.noe.gv.at/noe/Bauen-Neubau/Bauordnung_2014.html

3.2. Ungarn; Raumplanung auf örtlicher Ebene

Alle ungarischen Kommunen müssen laut den einschlägigen Rechtsvorschriften ein **Siedlungsentwicklungskonzept**, eine **integrierte Siedlungsentwicklungsstrategie** und ein **Raumordnungsinstrumentarium** besitzen⁴.

Die Aufgabe der Siedlungsentwicklung besteht darin, durch Regelung der Nutzung des Gemeindegebietes/ der Parzellen der Gemeinde und durch die Festlegung der lokalen Bauordnung:

- den räumlich-physischen Rahmen einer koordinierten und geordneten Entwicklung der Siedlung zu festzulegen,
- die Begebenheiten und Möglichkeiten der Siedlung effizient zu nutzen, um ihre Funktionsfähigkeit nebst Minimierung der Umweltschäden zu gewähren,
- die für das Funktionieren der Siedlung notwendige Infrastruktur zu gewähren, sowie
- den Schutz der typischen und wertvollen Strukturen, Bauweisen, des architektonischen, natur- und landschaftsbildlichen Charakters der Siedlung und der Siedlungsteile zu gewährleisten.

Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, stehen der Siedlungsplanung folgende Mittel zur Verfügung:

- Der **Siedlungsstrukturplan**, der von der Gemeindeverwaltung auf Basis des Siedlungsentwicklungskonzepts ausgearbeitet und festgelegt wird,

Der Siedlungsstrukturplan bestimmt die Möglichkeiten und die Richtungen der Gestaltung und des Schutzes der Siedlung, und dementsprechend die Nutzung der einzelnen Siedlungsteile, die räumliche Gestaltung und Anordnung der die Siedlungsstruktur bestimmenden Elemente der zur Betreibung der Siedlung notwendigen technischen Infrastruktur, nebst Beachtung der nationalen und regionalen Interessen, der grundlegenden Rechte der benachbarten oder anderswie betroffenen Siedlungen, nebst Verbesserung oder zumindest Erhaltung des Umweltzustandes.

- Die **örtliche Bauordnung**, die von der Gemeindeversammlung auf Basis des Siedlungsstrukturplans ausgearbeitet und festgelegt wird.

⁴ Die Grundsatzregelung des Bereiches durch die Regierungsverordnung 314/2012. (XI. 8.) über das Siedlungsentwicklungskonzept, die integrierte Siedlungsentwicklungsstrategie und das Raumordnungsinstrumentarium, ferner über einzelne spezifische Rechtsinstitutionen der Siedlungsentwicklung. Weitere maßgebliche Rechtsvorschriften sind:
Gesetz LXXVIII von 1997 über die Gestaltung und den Schutz der gebauten Umwelt;
Regierungsverordnung 253/1997. (XII.20.) über die nationalen Raumplanungs- und Bauvorgaben;
Gesetz XXIV von 2003 über den Nationalen Raumordnungsplan;
Gesetz CXII von 2000 über die Annahme des Raumordnungsplans der Vorrang-Urlaubsregion Plattensee und über die Feststellung des Raumordnungsreglements für den Raum Plattensee;
Gesetz XXI von 1996 über die Raumentwicklung und die Raumplanung.

Ein wichtiges neues regulatorisches Element bildet ferner in Ungarn das sog. "TAK" - das **Corporate Design Handbuch für Gemeinden** - das alle Gemeindeverwaltungen bis zum 31. Dezember 2017 zu erarbeiten hatten, wo als dessen Teil bzw. daran anknüpfend auch eine Verordnung zum Siedlungsbild zu erlassen ist.

4. Institutionelle Struktur, Stakeholder-Analyse

4.1 In Österreich (insbesondere im Burgenland und in Niederösterreich)

Aus der Art des Bereiches resultierend gibt es in der Raumentwicklung/Raumplanung nur eine begrenzte Zahl an Stakeholdern, deren Aufgaben durch die oben zitierten Gesetze detailliert geregelt sind. Eine Eigenheit dieses System besteht darin, dass es auf ein Gleichgewicht zwischen der **nationalen Ebene (Bund) – der Landesebene (Land) – und der lokalen Ebene (Gemeinde)** und auf die kontrollierte „Arbeitsteilung“ zwischen ihnen aufgebaut, was Ergebnis einer jahrzehntenlangen organischen Entwicklung ist, und welches System sich – im Rahmen der Anpassung an entstehende Entwicklungsbedürfnisse – auch heute noch ändert.

Ein wichtiges Merkmal des Systemes ist ein relativ großer Spielraum innerhalb des m vorgegebenen Rahmens – infolge dessen es bei der Abwicklung einer Reihe von konkreten Angelegenheiten zahlreiche Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern gibt; siehe z.B. die Abweichungen zwischen Burgenland und Niederösterreich, wie oben ausgeführt.

Auf dieser Grundlage können in Österreich die folgenden wichtigsten Stakeholder identifiziert werden:

- **Gemeinden**
 - o Niederösterreich: 573 (Diese Zahl am Gemeinden kam während der Reform der öffentlichen Verwaltung 1970 zustande, seitdem gab es nur geringfügige Veränderungen.) Davon sind 76 Städte und 327 "Marktgemeinden"⁵.
 - o Burgenland: 173. Hlervon 13 von Städterang und 67 „Marktgemeinden“⁶.
- **Bezirke⁷ und Statuterstädte**
 - o Niederösterreich gliedert sich in 20 Bezirke und vier Statutarstädte (St. Pölten – gleichzeitig Landeshauptstadt -, Krems an der Donau, Waidhofen an der Ybbs, Wiener Neustadt).
 - o Burgenland gliedert sich in sieben Bezirke und zwei Statutarstädte (Eisenstadt – gleichzeitig Landeshauptstadt -, und Rust).
- **Länder**; von den neun Bundesländern Österreichs grenzt nur das Burgenland an Ungarn; während im Interreg-Programm Österreich-Ungarn neben dem Burgenland ganz Wien und ein Teil Niederösterreichs und der Steiermark betroffen sind.

Neben den oben erwähnten Verwaltungsstrukturen sind auch diejenigen (Raumentwicklungs-) Einheiten erwähnenswert, die es in diesen beiden

⁵ Die Unterschiede bei den Bezeichnungen „Marktgemeinde“, „Stadtgemeinde“ und „Gemeinde“ haben heute keine praktische juristische Relevanz mehr.

⁶ Siehe dazu auch Abbildung 3 dieses Papiers.

⁷ Ins Ungarische wird dieser Begriff oft als „kerület“ übersetzt – was zwar wortwörtlich richtig ist, inhaltlich trifft aber der Begriff „Bezirk“ besser zu.

Bundesländern gibt, und aufgrund ihrer ähnlichen Charakteristik einen Rahmen für viele Entwicklungsinterventionen bilden. Diese sind in Niederösterreich folgende:

- Waldviertel;
- Weinviertel;
- Mostviertel;
- Industrieviertel

Diese "Viertel " lassen sich auf die vier Verwaltungseinheiten ("Kreise") von Niederösterreich zur Zeit der Monarchie zurückführen; heute haben sie keine politische/verwaltungstechnische Bedeutung mehr, diese Struktur entspricht aber grob betrachtet den natürlichen geographischen Begebenheiten.

Ähnliche Einheiten im Burgenland:

- Nordburgenland;
- Mittelburgenland;
- Südburgenland.

4.2 In West-Transdanubien

Die Stakeholder der ungarischen Seite werden in ähnlicher Struktur wie oben erfolgt, vorgestellt. Die unterste Ebene bilden naturgemäß auch hier die Siedlungen, von denen es in den drei Komitaten Westtransdanubiens (Győr-Moson-Sopron, Vas und Zala) **665** gibt.

Zwei der **drei** genannten Komitate grenzen direkt an Österreich (an das Burgenland), während das Komitat Zala an Slowenien und Kroatien angrenzt; das Komitat Győr-Moson-Sopron grenzt sowohl an Österreich als auch an die Slowakei direkt an. Daher ist die Teilnahme an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit – wenn auch mit verschiedener Bedeutung - eine Notwendigkeit für alle drei Komitate:

Die Situation des **Komitates Győr-Moson-Sopron**, das an Österreich und die Slowakei sowie an die Komitate Vas, Veszprém und Komárom-Esztergom angrenzt, ist spezifisch, da seine Entwicklung - mit Hinsicht auf die geographischen Begebenheiten -, untrennbar mit der Kooperation mit den Akteuren jenseits der Grenzen verbunden ist. Der Grund dafür liegt teilweise darin, dass die aus Hinsicht der Raumstruktur maßgeblichen Siedlungen - Győr, Mosonmagyaróvár, Sopron - im Grenzraum liegen, ihr Einzugsgebiet eingeschränkt ist (was auf die Stadt Sopron besonders stark zutrifft), somit ist die Rehabilitation der die Ausschöpfung ihres räumlichen Potentials ermöglichenden funktionalen Einzugsgebiete eine grundlegende Voraussetzung für ihre weitere Entwicklung. Andererseits gehört das Komitat zu der Stadtregion Mitteleuropas, die von der dynamischsten Entwicklung gekennzeichnet ist (CENTROPE), und deren maßgeblich Akteure (Wien und Bratislava) auch einen direkt Einfluss auf alle territorial auszulegenden Prozesse haben, die das weitere Schicksal des Komitates beeinflussen. Außerdem ist das Komitat aufgrund des Verkehrsnetzes der Stadt und die verkehrsgeographischen Merkmale der Region mit den "Pol"-Städten jenseits der Grenze verknüpft, deren Einfluss auf die Raumstruktur in vielen Teilen des

Komitates spürbar ist, welcher Faktor in mehreren grenznahen Siedlungen auch noch mit Agglomerationseffekten ergänzt wird.

Für das an Österreich und Slowenien angrenzende **Komitat Vas** ist die Kooperation mit dem Burgenland (und darüber hinaus mit der Steiermark und mit Niederösterreich) seit dem Fall des Eisernen Vorhanges (wieder) etwas ganz natürliches, zumal das Grenzgebiet des Burgenlands zu Vas überwiegend von einem "Städtemangel" gekennzeichnet ist, wo als natürliches Zentrum eigentlich Szombathely gilt⁸. Das Komitat liegt an der Peripherie des Centropo-Kooperationsgebietes, wo eine stärkeren Verknüpfung durch die 2016 für den Verkehr übergebene Schnellstraße M86 und die in Planung befindliche Verbindung M87 zur Schnellstraße S31 die Fahrzeiten nach Győr (Budapest / Bratislava) ermöglicht wird, die zur erheblich Reduzierung der Fahrzeiten führen und gleichzeitig die Durchlässigkeit der gesamten Region in Nord-Süd Richtung steigern.

Zwar grenzt das **Komitat Zala** nicht direkt an Österreich an, es ist jedoch auch hier keine Frage, dass das Potenzial der Region durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit auszuschöpfen ist. Einerseits gilt dies natürlich im slowenischen und kroatischen Kontext, andererseits aber auch infolge der Tatsache, dass das Komitat durch den Plattensee und die Badeorte eine beliebte Destination ausländischer Touristen und somit auch der Österreicher ist.

Die obigen Begebenheiten prädestinieren die Stakeholder von Komitatsebene zu einer engen und inhaltsreichen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Das Fehlen der NUTS-II Ebene (NUTS-III = Komitate, NUTS-I: nationalen Ebene) (NUTS-I) ist ein traditionelles Problem der ungarischen öffentlichen Verwaltung, das 1998 mit der Schaffung von 7 **statistischen Planungsregionen** gelöst werden sollte. Diese statistischen Regionen bestehen – mit Ausnahme der zentralen Region mit Budapest und dem die Hauptstadt umgebenden Komitat Pest – aus jeweils drei Komitaten. Wie vom Namen angedeutet, spielte diese Einheit nur in der Planung und Statistik eine Rolle, aber nicht in der öffentlichen Verwaltung. Dieses Problem wurde durch die Ende 2015 erfolgte Auflösung der Regionalentwicklungsagenturen, die auf NUTS-II-Ebene aufgestellt waren, noch weiter verschärft.

Mit der Auflösung der regionalen Entwicklungsagenturen haben sich zwei Tendenzen verstärkt: einerseits der Prozess der Zentralisierung und andererseits die Ausweitung der Kompetenzbereiche der Komitatsverwaltungen mit den Aufgaben in der Raumentwicklung. Somit ist der Komitat für die Betriebung eines territorialen Monitoring-Systems verantwortlich, und nimmt

"zur Förderung der Gestaltung der raumbezogenen Prozesse in den Komitaten, der Umsetzung und Nutzung des regionalen Raumentwicklungs-Konzeptes und Programms und der Umsetzung des Raumordnungsplans der Komitate folgende Aufgaben war: Die Komitatsverwaltung

a) analysiert und evaluiert das territoriale Monitoringssystem von Komitatsebene,

⁸ Die Einwohnerschaft dieser Siedlung machen rund 27% der Gesamtbevölkerung des Burgenlandes aus.

- b) analysiert den jährlichen analytischen Evaluierungsbericht der Komitate und nimmt dazu Stellung,
- c) analysiert den Mehrjahresberichts über die Entwicklung der raumbezogenen Prozesse in den Komitaten und nimmt dazu Stellung,
- d) informiert den für die strategische Planung der Raumentwicklung und die Raumentwicklung selbst verantwortlichen Minister ferner den gebietlich zuständigen Entwicklungsrat von Vorrang-Gebieten jährlich bis 31. März des Folgejahres über die Funktion des territorialen Monitoringsystems des Komitates und über die Evaluierungsberichte des Bezirks,
- e) nimmt die Revision des Komitats-Raumentwicklungskonzepts und auf der Grundlage der Revision die Modifizierung des Konzeptes vor,
- f) nimmt die vorläufige, die Interim- und die nachträgliche Evaluierung des Komitats-Raumentwicklungskonzepts, ferner aufgrund der vorläufigen und der Interim-Evaluierung die Revision des Planes vor,
- g) bewertet inwieweit die Durchsetzung des Komitats-Raumordnungsplanes erfolgreich war und informiert hierüber jährlich, bis 31. März des Folgejahres den für die Raumordnung zuständigen Minister⁹

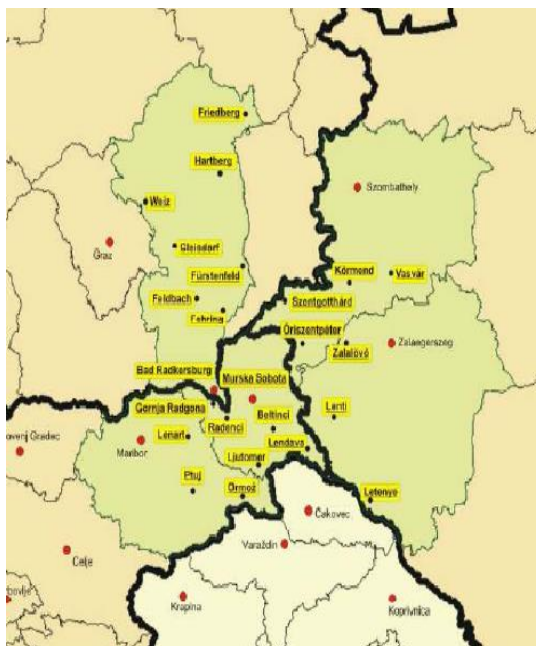
4.3 Grenzüberschreitende Verknüpfungen

Eine Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen oben detailliert vorgestellten Stakeholdern existiert im Grenzgebiet in institutionalisierter Form nicht. Es gab aber zahlreiche Initiativen, die - zumindest in einigen (Teil-) Bereichen - als eine Art Rahmen funktionier(t)en:

- Eine wichtige grenzüberschreitende Plattform stellte während ihres Bestehens das 2004 gegründete Österreichisch-ungarische Regionale Koordinationsforum (MORKF) – das unter dem Vorsitz des ungarischen Ministeriums für öffentliche Verwaltung und Justiz und des österreichischen Bundeskanzleramtes arbeitete, und die nachhaltige Entwicklung der westungarischen und der ostösterreichischen Region, die Harmonisierung von ungarischen und österreichischen Konzepten mit einer über die regionale Ebene hinausgehenden Wirkung und die Förderung lokalen Initiativen betrieb.
- Als ähnliche – Ad-hoc – Foren fungierten die von der Ungarischen Botschaft in Wien organisierten Bürgermeistertreffen, im Rahmen deren sich die Bürgermeister aus dem Grenzraum über aktuelle Themen in den diversen Bereichen der österreichisch-ungarischen Zusammenarbeit, vor allem in Bezug auf die Entwicklungsvorhaben, austauschen konnten.
- Eine Kooperation auf Projektebene stellte in der Region die österreichisch-ungarisch-slowenische Städtenetzwerkkooperation unter dem Titel "City Cooperation" dar. Es wurde auch eine Aufstellung als Europäischer Verbundes für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) erwogen, dazu fehlte aber letztlich der Konsens. Außerdem ist die Nichtteilnahme der burgenländischen Siedlungen an der Kooperation ein großes Manko:

Abbildung 6 – Die (Klein)Städte des Kooperationsnetzes City Cooperation

⁹ Regierungsverordnung 37/2010. (II. 26.) über dsas rasumbezogene Monitoringsystem.



Quelle: <https://egtc.kormany.hu/morkf-ules-2012-11-07-kormend>

- Die oben erwähnte "**Centrope**"-Kooperation, bei der den Vorsitz im Jahr 2017 – nebst Unterstützung des ungarischen Außenministeriums – das Komitat Győr-Moson-Sopron innehatte, deckte ebenfalls den nördlichen Teil des Zielgebiets, ergänzt durch die Regionen Bratislava und Brünn, ab.
- An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass die österreichisch-ungarische Grenzregion bzw. deren Stakeholder auch Teile von zwei großen **Makroregionen** sind. Dies ist einerseits die Region Mitteleuropa, die bereits kurz erwähnt wurde. Das anknüpfende transnationale operationelle Programm heißt **Central Europe OP**. Andererseits können die Akteure der Region sich auch in die Aktivitäten des **OP Donaauraum** einklinken - wie es in vielen Fällen auch tatsächlich der Fall war bzw. ist -, das auch eine autonome makroregionale Strategie hat, da die Donau in der Region ein starkes Bindeglied ist.

5. Evaluierung von nationalen und internationalen Best Practice Beispielen und regionalen Entwicklungsmaßnahmen

Im weiteren Folge stellen wir Best-Practice-Beispiele der Raumentwicklung vor, die zwar nicht alle aus der gegenständlichen Grenzregion stammen, aber zukunftsweisende Beispiele liefern.

Grenzüberschreitende CLLD¹⁰

Das CLLD-Tool erwies sich in einem grenzüberschreitenden Kontext in der österreichisch-italienischen Grenzregion als tauglich, wo das Akronym **HEurOpen** auf den gemeinsamen österreichisch-italienischen CLLD-Raum hinweist, der die folgenden LEADER-Aktionsgruppen umfasst:

¹⁰ CLLD: „Community-Led Local Development“ / von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklung

- Leader Aktionsgruppe Hermagor,
- Leader Aktionsgruppe Euroleader
- Open Leader mit Sitz in Pontebba

Die oben genannte Partnerschaft realisiert entlang der gemeinsam entwickelten grenzüberschreitenden Entwicklungsstrategie gemeinsame Projekte.

Der finanzielle Hintergrund für diese Initiative wird durch Priorität 4 des Interreg V-A Italien-Österreich-Programms mit einem EFRE-Budget von 13.126.919 Euro gewährt.

Für die Auswahl der Projekte wurde ein gemeinsames Gremium geschaffen: Für Hermagor übernimmt das LEADER-Management auch die CLLD-Aufgaben ohne eigene operative Finanzressourcen (für die italienische Seite gibt es jedoch eine Finanzierung aus dem Interreg-Programm). Das Gremium, im dem die drei Regionen durch jeweils 5 Repräsentanten vertreten sind, hält vier Sitzungen pro Jahr ab.

Dieses Gremium, besser gesagt **die CLLD selbst ist praktisch ein Dachprojekt, eine Dachorganisation für kleine Projekte unter 50.000 EUR (alle Rechnungen und Geldbewegungen werden über diese abgewickelt)**. Die Projektanträge werden über ein von diesen zusammengestelltes – ursprünglich zweisprachiges – Formular eingereicht. Da bereits beim ersten Call Sprachschwierigkeiten aufgetreten sind, sah man in einigen Fällen von der zweisprachigen Antragstellung ab. Bei Kleinprojekten beträgt die Förderintensität 85%.

Mittelgroße Projekte mit einem Budget zwischen 50.000 und 200.000 EUR werden über das Monitoringsystem coheMON direkt zu Priorität 4 eingereicht. Bei diesen Projekten fungiert die CLLD-Organisation als eine Art beratendes, unterstützendes Gremium, das den Projektantrag vorab evaluiert und ein effizientes Einreichen fördert. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen werden die meisten Probleme durch Sprachschwierigkeiten und die Ungeklärtheit bzw. Unkenntnis der verschiedenen Zuständigkeiten verursacht (das österreichische FLC befindet sich in Klagenfurt, das Technische Sekretariat in Bozen). Trotz der anfänglichen Schwierigkeiten schätzt die CLLD-Betreiberorganisation die Initiative als nützlich ein und hofft auf eine erfolgreiche Projektumsetzung.

Evaluierung der Regionalentwicklungsmaßnahme aus Hinsicht des österreichisch-ungarischen Grenzraumes:

Im Fall der österreichisch-italienischen Grenzregion ist die grenzübergreifende CLLD in der Lage, die kleinen Projekte (Problem „Kleinprojektfonds“) im Rahmen eines Schirmprojekts zu handhaben, während dieses Gremium bei mittelgroßen Projekten eine Art beratende, projektgenerierende Rolle spielt. Abgesehen von diesem Vorteil der Methode ist das an die Abrechnung gegenüber den FLCs¹¹ anknüpfende Risiko - – das nämlich die Kleinprojekte als Aktivitäten im Rahmen eines Dachprojektes abgerechnet werden – vorhanden.

Raumplanungsschwerpunkte eines Vorstadtbahnprojektes

Das im Raum **Ebreichsdorf** (Niederösterreich) umgesetzte Projekt "Smart city Ebreichsdorf - Ned deppert!" ist ein gutes Beispiel für eine **Kombination aus einem großen Infrastrukturprojekt und der Beteiligung der Gemeinschaft/ örtlicher (Wirkungs-) Planung**. Die betroffene Siedlung reagierte auf das geplante große Bahnprojekt in proaktiver Weise: Sie gliederte das Vorhaben in ihre Vorstellungen zur

¹¹ First Level Control

langfristigen integrierten Weiterentwicklung der einzelnen Siedlungsteile ein. Die hier verwendeten Community-Design-Tools und Kommunikationsmethoden zielen auf die Einbindung der Einwohner in den Planungsprozess und ihre aktive Mitwirkung ab – und man ist damit recht erfolgreich. Die am Planungsprozess beteiligten Institutionen wandten hier methodische Prinzipien in der Praxis an, die als Best practice Beispiele für ähnliche Vorhaben dienen können.

Evaluierung der Regionalentwicklungsmaßnahme aus Hinsicht des österreichisch-ungarischen Grenzraumes:

Die beispielhafte Verknüpfung des Infrastruktur-Großprojektes, der örtlichen Planung und des Kommunal-Lobbyings bildet in seiner Gesamtheit ein einzigartiges Planungskonzept, und all in direkter Nähe der ungarischen Grenze. Es wäre wichtig, einen methodischen Leitfaden auf der Grundlage der hier gesammelten Erfahrungen zu erstellen, der auf beiden Seiten der Grenze, sowohl für die am Projekt Beteiligten als auch für die Betroffenen als Empfehlung dienen könnte.

Unterstützung kleinstrukturierter, aber wirkungsstarker Entwicklungsprojekte

Die Veranstaltungsreihe zur Bewusstseinsbildung mit Ausrichtung auf die Förderung der lokalen Wirtschaft unter dem Titel „Sanfte Raumentwicklungsmodelle in der Praxis“ – mit der in Ungarn Projekte der im historischen Weinbaugebiet Tokaj-Hegyalja und im Vorrangurlaubsgebiet Plattensee wirkenden örtlichen Organisationen nebst fachlicher Unterstützung des **Ministeriums für Nationalentwicklung** gefördert wurden, ist Jahr für Jahr aus nationalen Quellen umgesetzt worden¹². Es sind nicht primär die Entwicklungsziele des bereits zweimal abgewickelten Programms interessant, sondern vielmehr die Methodik und der Gestaltungsprozess des Programmes, welche in einer jeden (Grenz-)Region sinnvoll zur Anwendung kommen können.

Die Veranstaltungsserie wurde einerseits organisiert, um den Einwohnern der beiden Schlüsselregionen örtliche Entwicklungsmodelle vorzustellen, die in einer innovativen Art und Weise realisiert wurden bzw. werden, um dadurch in der Region eine Kultur der Zusammenarbeit zu entwickeln und Networking zu fördern. Ziel der Entwicklungsunterstützung war einerseits die örtlichen Organisationen durch Bewusstseinsbildung in Richtung einer komplexen Raumentwicklung mit der Erarbeitung von konkreten Projektideen zu fördern, und außerdem die Förderung der Umsetzung von erarbeiteten Musterprojekten entwickelt durch die Unterstützung von kleinstrukturierten Projekten.

Die Veranstaltungsserie besteht aus einem Modul "A" und einem darauf aufbauenden Modul "B".

Modul A: Motivationsseminar

Die Vertreter der ausgewählten Organisationen nehmen an einem Motivationsseminar teil, im Rahmen dessen sie praktisches Wissen zur Umsetzung von Projektideen, die sie auf ihrem elektronischen Anmeldeformular angaben, erwerben können, mit dessen Hilfe sie ihre Projektideen auch im Detail erarbeiten können.

¹² http://www.hermanottointezet.hu/sites/default/files/szelid_tersegfejlesztési_modellek_felhivas.pdf

Zum Abschluss des Motivationsseminars wird mit Hilfe eines Projektmentors im Rahmen von Einzel- und/oder Kleingruppenkonsultationen ein detailliertes Musterprojekt aus den Projektideen der Teilnehmer erarbeitet und eingereicht. Voraussetzung für die Einreichung des Musterprojekts ist die Auswahl für und die 100%-ige Teilnahme am Motivationsseminar.

Am Ende von Modul A findet vor der Auswahl von Musterprojekten für Modul B ein Besuch vor Ort zwecks Monitoring statt, um den aktuellen Stand des Projekts unmittelbar zu eruieren.

Model B: Umsetzen von Musterprojekten

Unterstützung der Umsetzung von Musterprojekten, die aus Projektideen ausgewählt wurden, die die an den Motivationsseminaren teilnehmenden Organisationen erarbeiteten.

Evaluierung der Regionalentwicklungsmaßnahme aus Hinsicht des österreichisch-ungarischen Grenzraumes:

Die Intervention ist ein gutes Beispiel für die Unterstützung der Projektentwicklung, einschließlich des Kapazitätsaufbaus von Organisationen - die in (Themen-) Bereichen, in denen die potenziellen Begünstigten selbst fehlen, eine besonders wichtige Rolle spielen können.

6. Strategische Kooperationsrichtungen

6.1 Grenzüberschreitende strategische Ziele und Richtungen

Über die oben detailliert beschriebenen Verwaltungs-, Organisations- und Entwicklungssysteme hinausgehend können auch **relevante strategische Themen** identifiziert werden, deren gemeinsame Bearbeitung **im grenzüberschreitenden Bereich** unbedingt einen Mehrwert bringen kann.

- Ein solches ist z.B. **das Problemfeld (Groß-) Stadt und Umland** – das auch in Ungarn seit langem als neuralgischer Punkt gilt, mit dem auch die oben geschilderte Gliederung des TOP (d.h. der „Rahmen“ aus Komitaten und den Städten mit Komitatsrecht) nichts anfangen konnte; und das in einer ganz besonderen Art und Weise auch in Wien, als Hauptstadt, gleichzeitig Bundesland und ihrer Umgebung (Niederösterreich als Land, und deren an Wien angrenzende Siedlungen) ganz eigentümlich präsent ist.
- Ein ähnliches und anknüpfendes Thema ist der Ablauf der **Urbanisationszyklen** - Suburbanisierung, Desurbanisierung, Reurbanisierung - im **grenzüberschreitenden Raum**, da ja der nördliche Teil des österreichisch-ungarischen Grenzgebiets - einschließlich der eigentlich außerhalb der Zielregion der österreichisch-ungarisches Programm liegenden Stadt Bratislava - stark urbanisiert ist. Die slowakische Hauptstadt hat nichtdestotrotz sowohl auf die ungarischen als auch auf die österreichischen Teile einen starken Einfluss.

- Einen spezifischen Aspekt des letzteren Themas bilden die **Entwicklungstrends der Dreiländer-Grenzgebiete (AT-SK-HU, AT-SI-EN)**, die im nördlichen, im Raum Bratislava liegenden Teil des Zielgebietes stark durch die durch (Sub-) Urbanisierung determinierten grenzüberschreitenden Prozesse bestimmt sind. Als eine Art Gegenpol ist der österreichisch-ungarisch-slowenische Grenzraum ein typisch ländliches Gebiet mit Kleinstädten (siehe dazu auch das bereits diskutierte Projekt „City Cooperation“), mit einer ganzen Reihe von Naturschutzgebieten an allen drei Seiten der Grenze. Gemeinsame Maßnahmen zur Raumentwicklung/Raumplanung haben jedoch mit jeweils anderen Schwerpunkten in beiden Regionen eine starke Existenzberechtigung.
- Die oben beschriebenen Planungsprozesse und die Koordination einzelner ihrer Wirkungen bilden natürlich einen gemeinsamen Themenbereich; einschließlich der **Abstimmung der** in jeder Provinz oder Region bzw. in den beiden Mitgliedstaaten verfügbaren **"Basisdaten" der Planung** und die Gewährleistung des Zugriffs der jeweils anderen Partei auf diese.

6.2 Fachbereich-spezifische Empfehlungen

- Die umfassende Revision der Raumplanungsregeln und der anknüpfenden Pläne ist in Ungarn gerade im Gange. Damit verbunden wird in naher Zukunft (2018-2019) auch eine umfassende Überarbeitung der Raumordnungspläne der Komitate erfolgen. Diese Vorhaben bilden eine ausgezeichnete Gelegenheit um die Ergebnisse dieses Projekts im Sinne eines neuartigen Ansatzes mit Blick auf grenzüberschreitende Probleme zu nutzen. Es wäre auf jeden Fall wichtig, ein Kriteriensystem zu definieren und ein Verfahren zu etablieren, auf das die betroffenen Komitate bei der bevorstehenden Überprüfung sinnvoll zurückgreifen könnten.
- Die Verbesserung der Verkehrsverbindungen ist stets ein Schwerpunktthema in der Förderung/Entwicklung der österreichisch-ungarischen Grenzregion – und sogar für die breitere Region Centrope, siehe INAT¹³. Die (Vor-) Evaluierung der einzelnen Interventionen aus Hinsicht der Raumentwicklung kann durch die Eingliederung der Aspekte der möglicherweise auch unter den Best-Practices-Beispielen herausragend bedeutenden gemeinschaftsbasierten Planung sicherlich als Empfehlung formuliert werden¹⁴.
- Es wären die "Vergesellschaftlichung" der Planungsprozesse, die Erhebung der lokalen/regionalen Bedürfnisse und die Entwicklung von darauf basierenden Lösungen, d.h. eigentlich die institutionalisierte Form der gemeinsamen

¹³ Centrope Strategiepapier „Infrastructure Needs Assessment Tool“ (<https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b008393aa.pdf>).

¹⁴ Umso mehr, als dass auch die aktuelle Förderperiode eine Art Evaluierung über die an Verkehrsförderung anknüpfende Infrastrukturprojekte erfordert – und zwar hinsichtlich der Verbindung zwischen den mit Hilfe des TEN-T Netzes und des ERRAM Tools definierten sekundären und tertiären städtischen Knotenpunkten.

grenzüberschreitenden Planung (und Konfliktbewältigung) wünschenswert (siehe die oben vorgestellten Vorläufer - MORKF, usw.).

- Außerdem wäre es – teilweise an den vorigen Punkt anknüpfend, unter Hinweis auf die zuvor diskutierte CLLD-Methode und das Beispiel der "schonenden Raumentwicklung" – äußerst nützlich, die Entwicklung und Umsetzung kleinstrukturierter Projekte zu fördern, durch die die grenzüberschreitenden wirtschaftlichen und sozialen Verbindungen vertieft und verbessert werden und diese gleichzeitig auch auf lokaler Ebene sichtbar gemacht werden ("People-to-People"-Maßnahmen)

7. Anhänge

Kommunale Kompetenzen in Ungarn:

Centralizált állam, kis hatáskörű helyi és megyei önkormányzatokkal

Ungarn berendezkedése erősen centralizált, ahol a központi kormányzat felel a közszolgáltatások jó részéért, míg a települési önkormányzatok a helyi infrastruktúráért, egyes szociális alapszolgáltatásokért, a közterületek fenntartásáért, a helyi tömegközlekedésért és a könyvtári szolgáltatásért felelnek. A járások a megyei kormányhivatal kihelyezett irodáiként működnek. A megyei önkormányzatok felelnek a területfejlesztésért és a területrendezésért, valamint a vidékfejlesztésért is

A Nyugat - Dunántúli régió

Népesség: 998 187 fő

Győr-Moson-Sopron megye (népesség: 449 967 fő) : Csornai járás; Győri járás; Kapuvári járás; Mosonmagyaróvári járás; Pannonhalmi járás; Soproni járás; Téti járás; Vas megye (népesség: 257 688 fő) : Celldömölki járás; Körmendi járás; Kőszegi járás; Sárvári járás; Szentgotthárdi járás; Szombathelyi járás; Vasvári járás

Zala megye (népesség: 287 043): Keszthelyi járás; Lenti járás; Letenyei járás; Nagykanizsai járás; Zalaegerszegi járás; Zalaszentgróti járás

Közlekedés

A Ungarn helyi önkormányzatairól szóló 2011. évi CLXXXIX. törvény 13. § (1) 8. pontja alapján az önkormányzat feladata a helyi közösségi közlekedés biztosítása. A menetrenddel és a szolgáltatással kapcsolatosan észrevételeket, panaszokat, bejelentéseket lehet tenni. A helyközi közlekedés biztosításában az önkormányzatnak koordinációs, információ-gyűjtő szerepe van. A tömegközlekedés területén az önkormányzatok felelősek a helyi közösségi közlekedés biztosításáért. A személyszállítási szolgáltatásokról egy kerettörvény rendelkezik (2012. évi XLI. törvény a személyszállítási szolgáltatásokról). A helyi közösségi közlekedés támogatására évente ír ki pályázatot a Nemzeti Fejlesztési Minisztérium az önkormányzatok számára.

Utak - motorizált közlekedés

Az önkormányzat kizárólag az önkormányzati fenntartású utak kezeléséért felel, ami magában foglalja az adott útvonak tisztítását és karbantartását, csakúgy mint a téli hóeltakarítást. Az önkormányzati fenntartású utak mellett vannak állami fenntartású utak (főutak, autópályák, autóutak).

A lakott területen található járdák takarítása nem az önkormányzat, hanem az adott ingatlantulajdonos feladata.

Utak - Járdák és kerékpárutak

5/2004 (I.28)GKM rendelet a helyi közutak kezelésének szakmai szabályairól: „3.2.2. A járda, a gyalogút, valamint a kerékpárút tisztántartása A járda, a gyalogút, a kerékpárút, valamint a gyalog- és kerékpárút tisztítása során ügyelni kell arra, hogy azok burkolata ne rongálódjék meg. Ha jogszabály másként nem rendelkezik, az ingatlan tulajdonosának (kezelőjének, használójának) kell gondoskodnia az ingatlan előtti járdaszakasz (járda hiányában 1 m széles területsáv, illetve ha a járda mellett zöldsáv is van, az úttestig terjedő teljes terület), valamint a járdaszakasz melletti nyílt árok és ennek műtárgyai tisztántartásáról, a csapadékvíz zavartalan lefolyását akadályozó anyagok eltávolításáról. A szórakozó, a vendéglátó és az elárusítóhelyek, üzletek előtti járdaszakaszt a nyitvatartás ideje alatt - a közútkezelő és a helyiséget használó eltérő megállapodásának hiányában - a használó köteles tisztántartani.

Ingatlanhoz nem csatlakozó burkolt járda, lépcső, lejtő, gyalogút, valamint a közcélú zöldterületeken átvezető és az ezek körüli burkolt gyalogutak és sétányok tisztántartásáról, hóeltakarításáról és síkosságmentesítéséről a helyi közút kezelője gondoskodik.”

Iskolák

A tankötelezettség hatálya alá eső iskolák (1-8. osztályig) fenntartója a központi kormányzat a tankerületi központokon keresztül. Az önkormányzatoknak nincs hatáskörük az üzemeltetésben, sem pedig a pedagógusok alkalmazása, közszolgálati munkaviszonyát, valamint a javadalmazását érintő kérdéseket illetően sem.

Óvodák

Minden települési önkormányzat köteles gondoskodni az óvodai ellátásról.

Az a települési önkormányzat, fővárosban a kerületi önkormányzat, amelynek területén

- a) tízezernél több állandó lakos él, bölcsődét,
- b) húszezernél több állandó lakos él, az a) pontban meghatározottak mellett gyermekek átmeneti otthonát,
- c) harmincezernél több állandó lakos él, az a) és b) pontokban meghatározottak mellett családok átmeneti otthonát, köteles működtetni.

Ha a bölcsődei ellátásra az adott településen legalább öt gyermek tekintetében igény jelentkezik, vagy a település - jogszabályban meghatározottak szerint megállapított - 3 év alatti lakosainak száma meghaladja a 40 főt, a (3) bekezdés a) pontja alá nem tartozó települési önkormányzat köteles gondoskodni a gyermekek bölcsődei ellátásáról önállóan, társulásban vagy ellátási szerződés útján.

Orvosi ellátás

A települési önkormányzat az egészségügyi alapellátás körében gondoskodik:

- a) a háziorvosi, házi gyermekorvosi ellátásról,
- b) a fogorvosi alapellátásról,
- c) az alapellátáshoz kapcsolódó háziorvosi, házi gyermekorvosi és fogorvosi ügyeleti ellátásról,
- d) a védőnői ellátásról, és
- e) az iskola-egészségügyi ellátásról.

Az ügyeleti szolgálatot, valamint a központi ügyeletet a területi ellátási kötelezettséggel működő háziorvos az önkormányzattal, illetve intézményével kötött szerződésének megfelelően látja el. A területi ellátási kötelezettség nélkül háziorvosi tevékenységet végző orvos az ügyelet működtetőjével kötött szerződésben rögzített feltételek szerint működik közre az ügyelet ellátásában.

Szociális ellátások

- 1.) Szociális rászorultságtól függő pénzbeli ellátások:
- 2.) Természetben nyújtott szociális ellátások:
 - a.) Közgyógyellátás
 - b.) Szemétszállítási díjkedvezmény
 - c.) Köztemetés
- 3.) Az Önkormányzat helyi rendelete alapján lakáscélú támogatások
- 4.) Szociálisan rászorultak részére személyes gondoskodást nyújtó alapellátás
- 5.) Megváltozott munkaképességűek szociális ellátása:

Önkormányzatok és idősek ellátása

„Hazánkban a születéskor várható élettartam – a Központi Statisztikai Hivatal adatai szerint – 2010-ben férfiak esetében 70,50 év volt, nőknél 78,11 év. A 60 éves korban várható élettartam férfiak esetében 16,79 év, nőknél pedig 21,56 év.

Ungarnon 1990-ben a 65 éves és idősebb népesség aránya 13,2 százalékot tett ki, és ez 2011-re 16,7 százalékra növekedett. 2011-ben a 65 éveseknek a 14 éves és fiatalabb gyermekekre jutó – 100 főre számított – száma 115 volt. A népesség-előreszámítások szerint 2050-re 29,4 százalék, 2060-ra 31,9 százalék lesz az idősebb korosztályok aránya, ami hasonló az európai uniós átlaghoz.

A 65 éves és idősebb népesség mindössze 10 százalékának nem született élete során gyermeke. Az egygyermekesek aránya 28%, a kétgyermekeseké 42% és az érintett korosztály 20%-ának legalább 3 gyermeke született az élete során. A 65 éves és idősebb népesség 83%-ának már unokája is van, akiknek a felügyeletében viszonylag nagy arányuk vesz részt. A generációk közötti szálak azonban az utóbbi évtizedekben meggyengültek. Kutatások azt bizonyítják, hogy az anyagi lehetőségek hiánya, illetve a házasságok a családok felbomlása játszik döntő szerepet abban, ha a fiatalabb generációk még együtt élnek az idősebbekkel, vagy a fiatalok visszaköltöznek szüleikhez.

A hazai időspolitika célkitűzései hosszú távúak, a jelenre és a jövőre is fókuszálnak. Legfőbb céljai között szerepel:

- a születéskor várható élettartam növekedésének elősegítése,
- az egészségben eltöltött évek számának növelése,
- az aktív élet fenntartása,
- az időskori jövedelembiztonság megteremtése,
- a társadalmi integráció erősítése, a különböző szolgáltatások (egészségügyi, szociális, oktatási, kulturális stb.) összehangolása az idősödők és idősek szükségleteinek és érdekeinek figyelembevételével,
- az idősek digitális írástudatlanságának csökkentése és élethosszig tartó tanulásának támogatása a digitális tananyagok hozzáférhetőségének biztosításával,
- az aktív idősödés feltételeinek erősítése, amely nem csupán a fizikai aktivitást, a munkaerőpiacon maradást jelenti, hanem a társadalmi, kulturális, civil életben való aktív részvételt is,
- az idősödési folyamat „menedzsmentjének” elterjesztése már fiatalkorban,
- a társadalmi szemléletváltás az idősödésnek mind a gazdasági, mind a társadalmi megítélését és megélését illetően.

Az ellátás típusát és az ellátási formákat tekintve Ungarnon az idősellátásban megkülönböztetünk alapszolgáltatásokat és szakosított ellátásokat. Az alapszolgáltatások körébe tartozik az idősek nappali ellátása – idősek klubja, szociális étkeztetés, házi segítségnyújtás, valamint a jelzőrendszeres házi segítségnyújtás. A szakosított ellátások körébe az ápolást/gondozást nyújtó átmeneti, valamint tartós bentlakásos intézmények tartoznak.”

A szociális igazgatásról és szociális ellátásokról szóló 1993. évi III. törvény (a továbbiakban: Sztv.) 25. § (1) és (3) bekezdése alapján szociális rászorultság esetén a jogosult számára a települési önkormányzat képviselő-testülete az Sztv.-ben, illetve az önkormányzat rendeletében meghatározott feltételek szerint pénzbeli szociális ellátást nyújt ápolási díj és önkormányzati segély formájában, de más pénzbeli támogatásokat is megállapíthat. A pénzbeli ellátások mellett az önkormányzat természetbeni szociális ellátásokat is nyújthat, továbbá személyes gondoskodást

biztosít szociális szolgáltatások (alapszolgáltatások és szakosított ellátások) formájában.

Ungarnon állami (megyei, kistérségi önkormányzati), valamint civil és egyházi fenntartású idősök ellátására szerveződött intézményi és szolgáltatói rendszer működik. A szolgáltatók nagyrészt állami fenntartásúak. A szolgáltatók, intézmények ellenőrzését az erre kijelölt különböző állami szervezetek végzik.

Ungarnon nem határoztak meg ellátási fokozatokat/szinteket. A gondozási, ápolási szolgáltatásokat a gondozási-ápolási vizsgálat során megállapított, gondozáshoz, ápoláshoz szükséges időtartam alapján vehetik igénybe a rászorulóknak. Bentlakásos intézményi ellátást csak az átlag napi négy órát meghaladó gondozási szükséglettel bíró idős személyek vehetnek igénybe.

Alapellátási formák

Falugondnoki és tanyagondnoki szolgáltatás

A falugondnoki, illetve tanyagondnoki szolgáltatás célja az aprófalvak és a külterületi vagy egyéb belterületi, valamint a tanyasi lakott helyek intézményhiányából eredő hátrányainak enyhítése, az alapvető szükségletek kielégítését segítő szolgáltatásokhoz, közszolgáltatáshoz, valamint egyes alapszolgáltatásokhoz való hozzájutás biztosítása, továbbá az egyéni, közösségi szintű szükségletek teljesítésének segítése. A szolgáltatás hatszáz lakosnál kisebb településen működtethető. Amennyiben a falugondnoki szolgáltatás létesítését követően a település lakosság száma tíz százalékot meg nem haladó mértékben emelkedik hatszáz lakos fölé, a szolgáltatás tovább működtethető. A tanyagondnoki szolgáltatás legalább hetven és legfeljebb négyszáz lakosság számú – külön jogszabályban meghatározott - külterületi vagy egyéb belterületi lakott helyen működtethető. Amennyiben a helyi sajátosságok alapján a tanyagondnoki szolgáltatás több tanyagondnok közreműködésével valósítható meg, a tanyagondnokok által ellátandó körzetek határait - figyelemmel a lakosság szám korlátra - a fenntartó települési önkormányzat rendeletében határozza meg azzal, hogy új tanyagondnoki szolgáltatás négyszáz lakos fölött szervezhető meg. Amennyiben a tanyagondnoki szolgáltatás létesítését követően a külterületi vagy egyéb belterületi lakott hely lakosság száma tíz százalékot meg nem haladó mértékben emelkedik négyszáz lakos fölé, a szolgáltatás tovább működtethető.

Étkeztetés

Az étkeztetés keretében azoknak a szociálisan rászorultaknak a legalább napi egyszeri meleg étkezéséről kell gondoskodni, akik azt önmaguk, illetve eltartottaik részére tartósan vagy átmeneti jelleggel nem képesek biztosítani, különösen: koruk, egészségi állapotuk, fogyatékoságuk, pszichiátriai betegségük, szenvedélybetegségük, vagy hajléktalanságuk miatt.

Házi segítségnyújtás

Házi segítségnyújtás keretében a szolgáltatást igénybe vevő személy saját lakókörnyezetében kell biztosítani az önálló életvitel fenntartása érdekében szükséges ellátást. A szolgáltatást keretében biztosítani kell: az alapvető gondozási, ápolási feladatok elvégzését, az önálló életvitel fenntartásában, az ellátott és lakókörnyezete higiéniai körülményeinek megtartásában való közreműködést, a veszélyhelyzetek kialakulásának megelőzésében, illetve azok elhárításában való segítségnyújtást.

Jelzőrendszeres házi segítségnyújtás

A jelzőrendszeres házi segítségnyújtás a saját otthonukban élő, egészségi állapotuk és szociális helyzetük miatt rászoruló, a segélyhívó készülék megfelelő használatára képes időskorú vagy fogyatékos személyek, illetve pszichiátriai betegek részére az önálló életvitel fenntartása mellett felmerülő krízishelyzetek elhárítása céljából nyújtott ellátás. A szolgáltatás keretében biztosítani kell: az ellátott személy segélyhívása esetén az ügyeletes gondozónak a helyszínen történő haladéktalan megjelenését, a segélyhívás okául szolgáló probléma megoldása érdekében szükséges azonnali intézkedések megtételét szükség esetén további egészségügyi vagy szociális ellátás kezdeményezését.

Nappali ellátás

Többek között az idős koruk miatt szociális és mentális támogatásra szoruló, önmaguk ellátására részben képes személyek részére biztosít lehetőséget a napközbeni tartózkodásra, társas kapcsolatokra, valamint az alapvető higiéniai szükségleteik kielégítésére. Ha az életkoruk, egészségi állapotuk, valamint szociális helyzetük miatt a rászorult személyekről az alapszolgáltatások keretében nem lehet gondoskodni, a rászorultakat állapotuknak és helyzetüknek megfelelő szakosított ellátási formában kell gondozni.

Szakosított ellátások:

Bentlakásos és átmeneti elhelyezést nyújtó intézmények

A szakosított ellátások a bentlakásos intézményrendszer tagjait ölelik fel. Két alaptípusát különböztetjük meg a bentlakásos intézményeknek: az átmeneti elhelyezést nyújtó intézményeket, amelynek körébe tartozik az időskorúak gondozóháza, illetve az ápolást-gondozást nyújtó, azaz tartós bentlakást biztosító intézményeket. Ebbe a körbe tartozik az idősek otthona.

Időskorúak gondozóháza (idősek átmeneti ellátása):

A szociális törvény vezette be ezt az átmeneti elhelyezési formát, amelynek célja, hogy ideiglenes jelleggel (legfeljebb egy évi időtartamra, de orvosi szakvélemény alapján ez további egy évvel meghosszabbítható) folyamatos ellátást biztosítson azoknak az idős embereknek, akik betegségük vagy egyéb ok miatt ideiglenes nem képesek önmagukról gondoskodni. Az ellátást az intézményvezetőnél írásban kell kérelmezni. A szolgáltatás térítésköteles, a térítés mértékét személyre szabottan állapítják meg.

Ápolást-gondozást nyújtó, tartós bentlakást biztosító intézmények – idősek otthonai:

Ebbe a típusú intézménybe azok kerülhetnek be, akik életkoruk, egészségi állapotuk vagy szociális helyzetük következtében rászorulók, saját otthonukban kielégítően nem gondozhatók, csak személyes gondoskodást biztosító intézményben láthatók el. A szociális törvény eredetileg azoknak a nyugdíjkorhatárt betöltött, időskorú személyeknek biztosított ápolást-gondozást, akiknek egészségi állapota rendszeres gyógyintézeti kezelést nem igényelt. Az ápolást-gondozást nyújtó intézmények napi háromszori étkezést, ruházatot, mentális gondozást és egészségügyi ellátást biztosítanak. Az intézmény feladata a komplex gondozási tevékenység biztosítása, ez folyamatos 24 órás szolgálatot jelent. Külön gondozási egységben vagy csoportban látják el a demencia körébe tartozó közép súlyos vagy súlyos kórképpel rendelkező személyeket. Az ellátást az intézményvezetőnél írásban kell kérelmezni. A szolgáltatás térítésköteles, de a térítés mértékét személyre szabottan állapítják meg.

A felsorolt szolgáltatásokon, szakosított ellátásokon kívül Ungarnon lehetőség van arra, hogy a gondozásra szoruló idős emberek hozzátartozói igénybe vehessék az ápolási díjat, amely hozzájárulhat ahhoz, hogy a tartós gondozásra szorulókat otthoni környezetben, hozzátartozók, családtagok gondozzák.

Verkehrsregelungen – Ungarn

2012. évi XLI. törvény a személyszállítási szolgáltatásokról

A települési önkormányzat, valamint önkormányzatok társulásának önként vállalt feladata lehet, a Fővárosban a Fővárosi Önkormányzat (a továbbiakban együtt: önkormányzat) kötelező feladata:

a) a helyi személyszállítás fejlesztésére vonatkozó - az országos, a regionális és az elővárosi közforgalmú személyszállítással, az épített és természeti környezet védelme érdekében összehangolt, a fejlett információs és kommunikációs technológiák alkalmazására alapozott - koncepciók jóváhagyása, valamint azok végrehajtásának megszervezése,

b) a gazdaság és a társadalom személyszállítási közszolgáltatások iránti igényének megállapítása, nyomon követése,

c) a közszolgáltatások megszervezésével kapcsolatos intézményi és szabályozási keretek kialakítása, a helyi személyszállítási közszolgáltatások megszervezése, a közlekedési szolgáltató kiválasztása, a helyi személyszállítási közszolgáltatások - a személyszállítási közszolgáltatási szerződések megkötésével történő - megrendelése,

d) a helyi közlekedés díjainak szerződés keretében történő megállapítása, a helyi személyszállítási közszolgáltatások bevételekkel nem fedezett indokolt költségeinek megtérítése, valamint a szolgáltatások teljesítésének ellenőrzése,

e) a település helyi közszolgáltatási személyszállítási szolgáltatásának ellátására vonatkozó menetrendi koncepciók kidolgozása.

27. § (1) Amennyiben a közlekedési hálózat műszaki állapota lehetővé teszi, az országos, regionális és elővárosi személyszállítási közszolgáltatásokra vonatkozó alapellátást minden település számára - elsődlegesen menetrend szerinti közlekedéssel - kell biztosítani.

(2) Az országos, regionális és elővárosi személyszállítási közszolgáltatásokra vonatkozó alapellátásnak - az államháztartás teherbíró képességének keretein és az infrastrukturális adottságon belül - biztosítani kell:

a) adott település és a járásközpont vagy gyakorlatban kialakult vonzásközpont közötti közvetlen eljutási lehetőséget,

b) adott település és annak megyeszékhelye közötti, legfeljebb egy átszállással történő elérési lehetőséget,

c) az adott település és a főváros közötti legfeljebb két átszállással történő eljutási lehetőséget,

d) a szomszédos megyeszékhelyek közötti közvetlen eljutási lehetőséget, valamint

e) a főváros és a megyeszékhelyek közötti közvetlen eljutási lehetőséget.

(3) Amennyiben az infrastrukturális adottságok lehetővé teszik - és az adott település közösségi közlekedési rendszere kizárólag országos, regionális vagy elővárosi menetrendszerinti autóbuszos vagy vasúti személyszállítási szolgáltatás révén biztosított - a (2) bekezdésben meghatározott viszonylatokban nyújtott alapellátás településenként napi 3 - a települési önkormányzattal az egységes egyeztetési eljárás keretében történő egyeztetések eredményének figyelembevételével kialakított menetrendi fekvésű - járatpár.

Gesetz III von 1993 über die Sozialverwaltung und die Sozialleistungen

86. § (1) A települési önkormányzat köteles biztosítani

- a) a családsegítést, ha polgármesteri hivatalt működtet vagy a közös önkormányzati hivatal székhelye a településen van,
- b) étkeztetést,
- c) házi segítségnyújtást,
- d) állandó lakosainak számától függően a (2) bekezdés szerinti szociális szolgáltatásokat,
- e) az a)-d) pontban nem említett szociális szolgáltatásokhoz való hozzáférést.

(2) Az a települési önkormányzat, amelyiknek területén

- a)
- b) háromezer főnél több állandó lakos él, az a) pont szerinti alapszolgáltatást és idősök nappali ellátását,
- c) tízezer főnél több állandó lakos él, az a)-b) pont szerinti alapszolgáltatásokat és a b) pontban nem említett nappali ellátást,
- d) harmincezer főnél több állandó lakos él, az a)-c) pont szerinti szociális szolgáltatásokat, időskorúak gondozóházát, éjjeli menedékhelyet, hajléktalan személyek átmeneti szállását köteles biztosítani.

(3)

(4) A fővárosi kerületi önkormányzat biztosítja az (1) és (2) bekezdés szerinti szociális szolgáltatásokat, a 88. § (2) bekezdésében foglaltak figyelembevételével. A fővárosi önkormányzat által közvetlenül igazgatott terület tekintetében az (1) és (2) bekezdés szerinti szolgáltatásokat a fővárosi önkormányzat biztosítja.

90. § (2) A megyei jogú város saját területén köteles az alapszolgáltatási feladatokat, éjjeli menedékhelyet, hajléktalan személyek átmeneti szállását, idősök otthonát, valamint - amennyiben a lakossági szükségletek indokolják - hajléktalanok otthonát és hajléktalan személyek rehabilitációs intézményét megszervezni és fenntartani. Az állam fenntartói feladatainak ellátására a Kormány rendeletében kijelölt szerv azonban a megyei jogú város lakosainak ellátását erre hivatkozva nem tagadhatja meg.

(3) Az ellátási kötelezettséggel nem rendelkező önkormányzat a szolgáltatása megszervezéséhez kapcsolódóan helyi rendeletében meghatározhatja, hogy csak saját települése lakosai részére biztosítja az ellátást. Az intézményt fenntartó önkormányzat az intézménnyel nem rendelkező önkormányzat kérése alapján a település lakosainak ellátását nem tagadhatja meg, ha e törvény hatálybalépésekor már az ellátást biztosította a másik település lakosai számára.

(4) A szociális szolgáltatást a helyi önkormányzat, az állam fenntartói feladatainak ellátására a Kormány rendeletében kijelölt szerv, illetve a társulás más helyi önkormányzattal vagy társulással kötött megállapodás útján is biztosíthatja. A megállapodásban rögzíteni kell a szociális szolgáltatás igénybevételére vonatkozó szabályokat és az ellátottak után fizetendő hozzájárulás mértékét.

(2) Az állam fenntartói feladatainak ellátására a Kormány rendeletében kijelölt szerv 88. § (1) bekezdése szerinti ellátási kötelezettségének a szociális szolgáltatást nyújtó

a) szolgáltató, intézmény fenntartásával, vagy

b) szolgáltatót, intézményt működtető fenntartóval létrejött - a szociális szolgáltatás nyújtásának átvállalásáról szóló - 90. § (4) bekezdése szerinti megállapodás, illetve ellátási szerződés megkötésével

tehet eleget.

(3) A (2) bekezdés a) pontja szerinti szolgáltató, intézmény létrehozásához, átszervezéséhez és megszüntetéséhez a szociál- és nyugdíjpolitikáért felelős miniszter előzetes jóváhagyása szükséges.

(4)

(5) A (3) bekezdés szerinti jogkörében a szociál- és nyugdíjpolitikáért felelős miniszter az adott megye, város szolgáltatótervezési koncepciójában foglalt figyelembevételével, az elérhető szolgáltatások és az adott szolgáltatás iránti társadalmi szükséglet alapján dönt.

92. § (1) A személyes gondoskodást nyújtó ellátásokról, azok igénybevételéről, valamint a fizetendő térítési díjakról

a) a fenntartó önkormányzat,

b) ha a fenntartó önkormányzati társulás, akkor a társulási megállapodásban megjelölt székhely szerinti vagy az erre kijelölt települési önkormányzat a társulási megállapodásban meghatározottak szerint rendeletet alkot.

(2) Ha törvény másként nem rendelkezik, a fenntartó önkormányzat az (1) bekezdés szerinti rendeletben szabályozza

a) az önkormányzat által biztosított személyes gondoskodás formáit;

b) az önkormányzat által biztosított ellátás igénybevételére irányuló kérelem benyújtásának módját;

c) azt, hogy az intézményvezető milyen esetekben köteles külön eljárás nélkül ellátást nyújtani;

d) azt, hogy külön eljárás keretében milyen esetekben biztosítható ellátás;

e) az ellátás megszüntetésének eseteit és módjait;

f) a személyes gondoskodásért fizetendő térítési díjak mértékét, a fizetésre kötelezettek körét, a térítési díj csökkentésének, illetve elengedésének eseteit és módjait;

g) az intézményvezető és az ellátást igénybe vevő között kötendő megállapodással összefüggő kérdéseket;

h)

(2a) Az állam 88. § (1) bekezdése szerinti ellátási kötelezettsége esetében az (1) bekezdésben és a (2) bekezdés b)-g) pontjában foglaltakat az állam fenntartói feladatainak ellátására a Kormány rendeletében kijelölt szerv határozza meg.

(3) A legalább kétezer lakosú települési önkormányzat a településen, fővárosban élő szociálisan rászorult személyek részére biztosítandó szolgáltatási feladatok meghatározása érdekében - jogszabályban meghatározottak szerint - szolgáltatótervezési koncepciót készít. Amennyiben a települések egyes szociális feladataikat társulás keretében látják el, e szolgáltatások tekintetében a szolgáltatótervezési koncepciót a társulás készíti el.